Vill/D. Fischer/Pape/Kohlhaas/Wentzel

Handbuch der Anwaltshaftung

unter Einbeziehung von Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern

6. Auflage

ZAP

Vill/D. Fischer/Pape/Kohlhaas/Wentzel
Handbuch der Anwaltshaftung

Handbuch der Anwaltshaftung

unter Einbeziehung von Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern

6., überarbeitete Auflage 2026

von

Gerhard Vill,
Richter am Bundesgerichtshof a.D.,
München

Dr. Detlev Fischer,
Richter am Bundesgerichtshof a.D.,
Karlsruhe

Prof. Dr. Gerhard Pape,
Richter am Bundesgerichtshof a.D.,
Göttingen

Stephan Kohlhaas,
Rechtsanwalt, Köln

Jan-Herbert Wentzel,
Richter am Landgericht Düsseldorf

ZAP

Zitiervorschlag:
Bearbeiter, in: HB der Anwaltshaftung, § 1 Rn 1

Hinweis
Die Ausführungen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt und nach bestem Wissen erstellt. Sie stellen jedoch lediglich Arbeitshilfen und Anregungen für die Lösung typischer Fallgestaltungen dar. Die Eigenverantwortung für die Formulierung von Verträgen, Verfügungen und Schriftsätzen trägt der Benutzer. Herausgeber, Autoren und Verlag übernehmen keinerlei Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Buch enthaltenen Ausführungen.

Anregungen und Kritik zu diesem Werk senden Sie bitte an

service@zap-verlag.de

Autoren und Verlag freuen sich auf Ihre Rückmeldung.

www.zap-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten.
© 2026 ZAP Verlag – eine Marke der Juristische Fachmedien GmbH

Satz: PMGi – Agentur für intelligente Medien GmbH, Hamm
Druck: Hans Soldan Druck GmbH, Essen
Umschlaggestaltung: gentura, Holger Neumann, Bochum
ISBN 978-3-7508-0044-1

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

Vervielfältigungen dieses Werks für Text- und Data-Mining bedürfen ebenfalls der Zustimmung. Die Verwendung des Werkes oder von Teilen des Werks zum Zwecke des KI-Modelltrainings ist untersagt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet abrufbar über http://dnb.d-nb.de.

Vorwort

Das 1999 von Bundesrichter Dr. Horst Zugehör begründete **Handbuch der Anwaltshaftung** dient einer sachgerechten **Vorsorge** gegen Eigenhaftung, der fachlichen **Bewältigung eines Regresses** aus anwaltlicher Berufstätigkeit und der **versicherungsrechtlichen Abwicklung** eines solchen Schadensfalles. Deswegen wendet sich dieses Buch vor allem an **Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte** – auch an **steuerberatende Anwälte** –, die von Schadensersatzforderungen betroffen oder mit der Geltendmachung oder Abwehr eines Regressanspruchs beauftragt sind, sowie an **Richter** und **Haftpflichtversicherer**. Mitbehandelt wird die Haftung von **Steuerberatern**, die von der höchstrichterlichen Rechtsprechung der Anwaltshaftung im Wesentlichen gleichgestellt wird, und – vor allem im Bereich der „Dritthaftung" – von **Wirtschaftsprüfern**.

Erläutert werden die **Vertragshaftung des Rechtsanwalts gegenüber seinem Auftraggeber** (Mandanten) und **gegenüber Dritten** („Dritthaftung"), die **außervertragliche** – insbesondere deliktische – **Anwaltshaftung** sowie die **Berufshaftpflichtversicherung des Rechtsanwalts**. Die Reihenfolge der Abschnitte entspricht den Schritten, die bei der Prüfung eines Regressanspruchs beachtet werden sollten. **Checklisten** erleichtern die Haftungsprüfung im konkreten Fall.

Im Mittelpunkt des Handbuchs steht die **aktuelle Rechtsprechung des IX. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs**, der für Anwaltsregresse und Haftung aus steuerlicher Beratung zuständig ist. Diese Rechtsprechung wird von drei ehemaligen Mitgliedern dieses Senats dargestellt. Auf **Spezialliteratur** wird in jedem Abschnitt verwiesen. Den Erläuterungen der Pflichtwidrigkeit und des Verschuldens, der Kausalität, der Zurechenbarkeit und des Schadens sowie der Verjährung sind **Leitfäden** angefügt.

Auch mit dieser Auflage ist ein Wechsel im Kreis der Bearbeiter verbunden. **Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof a.D. Dr. Gero Fische**r – **früherer Vorsitzender des zuständigen IX. Zivilsenats** – hat seit der ersten Auflage die wichtigen Abschnitte zu den Anspruchsgrundlagen der vertraglichen Regresshaftung, zu Pflichtwidrigkeit und Verschulden sowie zu Kausalitätsproblemen behandelt. Aus Altersgründen scheidet er als Mitautor aus. Wir danken Dr. Gero Fischer sehr herzlich für seine langjährige, prägende Mitarbeit an diesem Handbuch. Ebenfalls verlässt auf eigenen Wunsch **Rechtsanwalt Bertin Chab, Leitender Justitiar** bei einem großen Haftpflichtversicherer, den Kreis der Bearbeiter. Er hat ab der dritten Auflage die Abschnitte „Verjährung vertraglicher Regressansprüche" und „Berufshaftpflichtversicherung für Rechtsanwälte" betreut. Auch ihm danken wir sehr herzlich für seine langanhaltende arbeitsintensive Mitwirkung an diesem Erläuterungsbuch.

Richter am Bundesgerichtshof a.D. Gerhard Vill – früherer stellvertretender Vorsitzender des IX. Zivilsenats – erläutert die allgemeinen Vertragspflichten und die Einzelpflichten des Rechtsanwalts sowie seine Haftung für Hilfspersonen (§ 2 A. bis C.).

Richter am Bundesgerichtshof a.D. Dr. Detlev Fischer – ebenfalls **früheres Mitglied des IX. Zivilsenats** – behandelt die Vergütungspflicht des Mandanten (§ 2 D.), den Abschnitt „Mitverschulden" (§ 6), die vertragliche und vorvertragliche Dritthaftung des Rechtsanwalts, Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers und der Gesellschaften dieser Berufskreise gegenüber „Nichtmandanten" (§§ 8 bis 14) sowie den Abschnitt „Deliktische Haftung" (§ 15). Ferner hat er die Checklisten für die Prüfung der Haftung gegenüber Mandanten und Dritten (§ 16) bearbeitet. Von Dr. Gero Fischer hat er zusätzlich den Abschnitt „Pflichtwidrigkeit und Verschulden" (§ 4) übernommen.

Richter am Bundesgerichtshof a.D. Professor Dr. Gerhard Pape – ebenfalls ehemaliges **Mitglied des IX. Zivilsenats und Honorarprofessor an der Universität Göttingen** – erläutert den Abschnitt „Anwaltsvertrag“ (§ 1).

Richter am Landgericht Düsseldorf Jan-Herbert Wentzel, von 2022 bis 2025 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesgerichtshof, behandelt die Abschnitte „Anspruchsgrundlagen der vertraglichen Haftung gegenüber dem Auftraggeber“ (§ 3) sowie die – regelmäßig schwierigen – Bereiche der Kausalität, der Zurechenbarkeit und des Schadens (§ 5).

Rechtsanwalt Stephan Kohlhaas, Geschäftsführer bei einem Fachversicherungsmakler für die rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe, behandelt die Abschnitte „Verjährung vertraglicher Regressansprüche“ (§ 7) und „Berufshaftpflichtversicherung für Rechtsanwälte“ (§§ 17 und 18).

Wir danken Herrn Rechtsanwalt Dennis Flohr, Leitung Produktmanagement im Verlag, für seine tatkräftige und wertvolle Unterstützung.

München, Karlsruhe, Göttingen, Köln und Düsseldorf,
im August 2026

Gerhard Vill
Dr. Detlev Fischer
Prof. Dr. Gerhard Pape
Stephan Kohlhaas
Jan-Herbert Wentzel

Inhaltsverzeichnis

Vorwort V

Bearbeiterverzeichnis IX

Literaturverzeichnis XI

Abkürzungsverzeichnis XV

Teil 1: Vertragliche Haftung gegenüber dem Auftraggeber 1

§ 1 Anwaltsvertrag 1

§ 2 Pflichten aus dem Anwaltsvertrag 225

§ 3 Anspruchsgrundlagen 543

§ 4 Pflichtwidrigkeit und Verschulden 555

§ 5 Kausalität, Zurechenbarkeit, Schaden 571

§ 6 Mitverschulden 623

§ 7 Verjährung vertraglicher Regressansprüche 643

Teil 2: Vertragliche Haftung gegenüber „Nichtmandanten" („Dritthaftung") . 705

§ 8 Grundlagen der Dritthaftung 705

§ 9 Vertrag zugunsten Dritter 713

§ 10 Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 725

§ 11 Auskunftsvertrag 767

§ 12 Treuhandvertrag 791

§ 13 Verschulden bei Vertragsschluss 813

§ 14 Bürgerlich-rechtliche Prospekthaftung 829

Teil 3: Deliktische Haftung 841

§ 15 Deliktische Haftung des Rechtsberaters 841

Teil 4: Haftungsprüfung 897

§ 16 Checklisten für die Haftungsprüfung 897

Teil 5: Berufshaftpflichtversicherung für Rechtsanwälte 907

Allgemeine und Besondere Versicherungsbedingungen sowie Risikobeschreibungen zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für
– Rechtsanwälte und Patentanwälte
– Steuerberater (AVB-RS) 907

§ 17 Grundlagen der Berufshaftpflichtversicherung 929

§ 18 Berufshaftpflichtversicherung 935

Stichwortverzeichnis 1019

Checklisten und Leitfäden:

Leitfaden zur Feststellung von Pflichtwidrigkeit und Verschulden 569

Leitfaden zur Feststellung von Kausalität, Zurechenbarkeit und Schaden 619

Leitfaden zur Verjährung 701

Checkliste zur Verjährungsprüfung 703

Checkliste Haftungsprüfung: Vertragliche Haftung des Rechtsanwalts gegenüber dem Auftraggeber (Mandanten) 897

Checkliste Haftungsprüfung: Vertragliche Haftung des Rechtsanwalts gegenüber einem „Nichtmandanten" („Dritthaftung") 903

Checkliste Haftungsprüfung: Außervertragliche Haftung des Rechtsanwalts gegenüber Mandanten und Dritten 905

Bearbeiterverzeichnis

Es haben bearbeitet:

Richter am BGH a.D. Prof. Dr. Gerhard Pape
Teil 1: Vertragliche Haftung gegenüber dem Auftraggeber
§ 1 Anwaltsvertrag

Richter am BGH a.D. Gerhard Vill
Teil 1: Vertragliche Haftung gegenüber dem Auftraggeber
§ 2 A Allgemeine Vertragspflichten des Rechtsanwalts
§ 2 B Einzelpflichten des Rechtsanwalts und des steuerlichen Beraters
§ 2 C Haftung des Rechtsanwalts für Hilfspersonen

Richter am BGH a.D. Dr. Detlev Fischer
Teil 1: Vertragliche Haftung gegenüber dem Auftraggeber
§ 2 D Vergütungspflicht des Mandanten
§ 4 Pflichtwidrigkeit und Verschulden (bis 5. Auflage: Vors. Richter am BGH a.D. Dr. Gero Fischer)
§ 6 Mitverschulden
Teil 2: Vertragliche Haftung gegenüber „Nichtmandanten" („Dritthaftung")
§ 8 Grundlagen der Dritthaftung
§ 9 Vertrag zugunsten Dritter
§ 10 Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
§ 11 Auskunftsvertrag
§ 12 Treuhandvertrag
§ 13 Verschulden bei Vertragsschluss
§ 14 Bürgerlich-rechtliche Prospekthaftung
Teil 3: Deliktische Haftung
§ 15 Deliktische Haftung des Rechtsberaters
Teil 4: Haftungsprüfung
§ 16 Checklisten für die Haftungsprüfung

Richter am LG Jan-Herbert Wentzel
(bis 5. Auflage: Vors. Richter am BGH a.D. Dr. Gero Fischer)
Teil 1: Vertragliche Haftung gegenüber dem Auftraggeber
§ 3 Anspruchsgrundlagen
§ 5 Kausalität, Zurechenbarkeit, Schaden

Rechtsanwalt Stephan Kohlhaas
(3. bis 5. Auflage: Rechtsanwalt Bertin Chab)
Teil 1: Vertragliche Haftung gegenüber dem Auftraggeber
§ 7 Verjährung vertraglicher Regressansprüche
Teil 5: Berufshaftpflichtversicherung für Rechtsanwälte
§ 17 Grundlagen der Berufshaftpflichtversicherung
§ 18 Berufshaftpflichtversicherung

Literaturverzeichnis

Zur **Spezialliteratur** siehe die Hinweise vor den einzelnen Teilen bzw. Paragraphen.

Ahlmann/Kapischke/Pankatz/Rech/Schneider/Schütz, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 11. Aufl. 2024

Anders/Gehle, Zivilprozessordnung, 84. Aufl. 2026

Arndt/Lerch/Sandkühler, Bundesnotarordnung, 8. Aufl. 2016

Assmann/Schütze/Buck-Heeb, Handbuch des Kapitalanlagerechts, 6. Aufl. 2024

Bamberger/Roth/Hau/Poseck, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 5. Aufl. 2023

v. Bar/Mankowski, Internationales Privatrecht, Bd. I, 2. Aufl. 2003; Bd. II, 2. Aufl. 2019

Baumgärtel/Laumen/Prütting, Handbuch der Beweislast, 5. Aufl. 2023

Beckmann/Matusche-Beckmann, Versicherungsrechts-Handbuch, 4. Aufl. 2025

Beck'sches Rechtsanwalts-Handbuch, (Hrsg.: *Hamm*), 12. Aufl. 2022

Bischof/Jungbauer/Bräuer/Hellstab/Klipstein/Klüsener/Kerber, RVG, 9. Aufl. 2021

Borgmann/Jungk/Schwaiger, Anwaltshaftung, 6. Aufl. 2020

Braun (Hrsg.), Insolvenzordnung, 10. Aufl. 2024

Bruck/Möller, VVG – Großkommentar zum Versicherungsvertragsgesetz, Bd. 4, 10. Aufl. 2021

Coing, Die Treuhand kraft privaten Rechtsgeschäfts, 1973

Diller, Berufshaftpflichtversicherung der Rechtsanwälte, Kommentar zu den AVB, 3. Aufl. 2024

Ellenberger/Bunte, Bankrechts-Handbuch, 6. Aufl. 2022

Erman, BGB, 17. Aufl. 2023

Fahrendorf/Mennemeyer, Die Haftung des Rechtsanwalts, 11. Aufl. 2025

Feuerich/Braun, Bundesrechtsanwaltsordnung, 5. Aufl. 2000

Fischer, Detlev, Maklerrecht, 8. Aufl. 2025

Fischer, Thomas, Strafgesetzbuch, 73. Aufl. 2026

Fritz/Pielsticker (Hrsg.), Handbuch Mediationsrecht, 3. Aufl. 2024

Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht, 3. Aufl. 2020

Ganter/Hertel/Wöstmann, Handbuch der Notarhaftung, 5. Aufl. 2023

Gehrlein, Anwalts- und Steuerberaterhaftung, 6. Aufl. 2023

Geigel, Der Haftpflichtprozess, 29. Aufl. 2024

Geimer, Internationales Zivilprozessrecht, 9. Aufl. 2024

Gerold/Schmidt, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 27. Aufl. 2025

Gottwald, Verjährung im Zivilrecht, 2005

Gräfe/Brügge/Melchers, Berufshaftpflichtversicherung für rechts- und steuerberatende Berufe, 3. Aufl. 2021

Gräfe/Wollweber/Schmeer, Steuerberaterhaftung, 9. Aufl. 2026

Grüneberg, Bürgerliches Gesetzbuch, 85. Aufl. 2026

Haft/Schlieffen (Hrsg.), Handbuch Mediation, 3. Aufl. 2016

Hartstang, Anwaltsrecht, 1991

Hartung/Scharmer, Berufs- und Fachanwaltsordnung, 8. Aufl. 2022

Hartung/Schons/Enders, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 3. Aufl. 2017

Haug/Zimmermann, Die Amtshaftung des Notars, 4. Aufl. 2018
Henssler/Gehrlein/Holzinger (Hrsg.), Handbuch der Beraterhaftung, 2. Aufl. 2023
Henssler/Prütting, Bundesrechtsanwaltsordnung, 6. Aufl. 2024
Henssler/v. Westphalen (Hrsg.), Praxis der Schuldrechtsreform, 2. Aufl. 2003
Hirte, Berufshaftung, 1996
Hopt, Handelsgesetzbuch, 45. Aufl. 2026
Jauernig, Bürgerliches Gesetzbuch, 19. Aufl. 2023
Jayme/Hausmann, Internationales Privat- und Verfahrensrecht, 22. Aufl. 2024
Jessnitzer/Blumberg, Bundesrechtsanwaltsordnung, 9. Aufl. 2000
Kleine-Cosack, Bundesrechtsanwaltsordnung, 9. Aufl. 2022
Köhler/Feddersen, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, 44. Aufl. 2026
Koller, Transportrecht, 11. Aufl. 2023
Koslowski, Steuerberatungsgesetz, 8. Aufl. 2022
Kropholler/v. Hein, Europäisches Zivilprozessrecht, 9. Aufl. 2011
Lackner/Kühl/Heger, StGB, 31. Aufl. 2025
Langheid/Rixecker, Versicherungsvertragsgesetz, 8. Aufl. 2025
Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, 13. Aufl. 2019 ff.
Liebich/Mathews, Treuhand und Treuhänder in Recht und Wirtschaft, 2. Aufl. 1983
Maass, Haftungsrecht des Notars, 1994
Mayer/Kroiß (Hrsg.), RVG, 9. Aufl. 2025
Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt, GmbHG, 4. Aufl. 2023
Münchener Anwaltshandbuch Versicherungsrecht, 5. Aufl. 2022 (zit. MAH VersR/*Bearbeiter*)
Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Bd. 1: 6. Aufl. 2024; Bd. 3: 6. Aufl. 2023
Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 9. Aufl. 2023 ff.
Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch, Bd. 4, 6. Aufl. 2026
Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung, Bd. 1, 5. Aufl. 2025
Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 3, 6. Aufl. 2022
Nagel/Gottwald, Internationales Zivilprozessrecht, 9. Aufl. 2025
Noack/Servatius/Haas, GmbHG, 24. Aufl. 2025
Pfeiffer, AGB-Recht, 8. Aufl. 2026
Prölss/Martin, Versicherungsvertragsgesetz, 32. Aufl. 2024
Prütting/Gehrlein, ZPO, 17. Aufl. 2025
Prütting/Wegen/Weinreich, BGB, 20. Aufl. 2025
Reichsgerichtsräte Kommentar, Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs (RGRK), 12. Aufl. 1974 ff.
Reithmann/Martiny (Hrsg.), Internationales Vertragsrecht, 9. Aufl. 2021
Ricker/Weberling, Handbuch des Presserechts, 7. Aufl. 2021
Riechert, Die Berufshaftpflichtversicherung der Rechtsanwälte, 2. Aufl. 2025
Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 6. Aufl. 1998
Rosenberg/Schwab/Gottwald, Zivilprozessrecht, 18. Aufl. 2018
Saenger (Hrsg.), Zivilprozessordnung, Handkommentar, 10. Aufl. 2023 (zit.: HK-ZPO/*Bearbeiter*)

Schack, Internationales Zivilverfahrensrecht, 9. Aufl. 2025

Schippel/Eschwey, Bundesnotarordnung, 11. Aufl. 2023

Schmidt, Karsten, Handelsrecht, 6. Aufl. 2014

Schmidt, Karsten, Gesellschaftsrecht, 4. Aufl. 2002

Schneider/Volpert (Hrsg.), AnwaltKommentar RVG, 9. Aufl. 2021 (zit.: AnwK-RVG/*Bearbeiter*)

Scholz, Kommentar zum GmbH-Gesetz, Bd. 1, 13. Aufl. 2024

Sieg, Internationale Anwaltshaftung, 1996

Soergel, Bürgerliches Gesetzbuch, 13. Aufl. 2012 ff.

Späte/Schimikowski, Haftpflichtversicherung (AHB-Kommentar), 2. Aufl. 2015

Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 4. Aufl. 1995

Staub, Kommentar zum HGB, Bd. 3, 6. Aufl. 2025

Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 18. Aufl. 2020 ff.

Stein/Jonas, Kommentar zur Zivilprozessordnung, Bd. 7 (§§ 704–802), 23. Aufl. 2024

Thomas/Putzo, Zivilprozessordnung, 47. Aufl. 2026

Tipke/Lang, Steuerrecht, 25. Aufl. 2024

Toussaint, Kostenrecht, 56. Aufl. 2026

Uhlenbruck, Insolvenzordnung: InsO, 16. Aufl. 2025

Ulmer/Brandner/Hensen, AGB-Recht, 13. Aufl. 2022

Veith/Gräfe/Lange/Rogler, Der Versicherungsprozess, 5. Aufl. 2023

Vollkommer/Greger/Heinemann, Anwaltshaftungsrecht, 5. Aufl. 2021 (2. Aufl.: *Vollkommer/Heinemann*; 1. Aufl.: *Vollkommer*)

Vortmann, Prospekthaftung und Anlageberatung, 2000

v. Westphalen/Thüsing/Pamp (Hrsg.), Vertragsrecht und AGB-Klauselwerke, Loseblatt, 52. Aufl. 2025

Weyland, Bundesrechtsanwaltsordnung, 11. Aufl. 2024

Wolter (Hrsg.), Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch (SK-StGB), Loseblatt, 9. Aufl. 2016 ff.

Wussow, Unfallhaftpflichtrecht, 17. Aufl. 2021 (zit.: Wussow/*Bearbeiter*)

Zöller, Zivilprozessordnung, 36. Aufl. 2026

Zugehör, Beraterhaftung nach der Schuldrechtsreform (Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer), 2002

Zugehör, Grundsätze der zivilrechtlichen Haftung der Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, 2009

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABA	American Bar Association (USA)
ABl	Amtsblatt
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz, Absätze
Abschn.	Abschnitt
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Aktiengesellschaft, Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingung(en)
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AGS	Anwaltsgebühren Spezial (Zeitschrift)
AHB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AnwGH	Anwaltsgerichtshof
AO	Abgabenordnung
ARB	Allgemeine Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AuslInvestmG	Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft (Auslandsinvestmentgesetz)
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflicht-versicherung von Rechtsanwälten und Patentanwälten
AW-Prax	Außenwirtschaftliche Praxis (Zeitschrift)
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BauGB	Baugesetzbuch
BauR	Baurecht (Zeitschrift)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz
BBR-RA	Besondere Bedingungen und Risikobeschreibungen für Rechtsanwälte und Patentanwälte
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
beA	Besonderes elektronisches Anwaltspostfach

BeckRS	Beck online Rechtsprechung
Beil.	Beilage
BerHG	Beratungshilfegesetz
Beschl.	Beschluss
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl I, II	Bundesgesetzblatt Teil I, Teil II
BGH	Bundesgerichtshof
BGHR	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (Loseblatt)
BGH-Report	Schnelldienst der Zivil-Rechtsprechung des BGH (Zeitschrift)
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BinnSchG	Binnenschifffahrtsgesetz
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BNotK	Bundesnotarkammer
BNotO	Bundesnotarordnung
BörsG	Börsengesetz
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAK-Mitt.	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drucks	Bundesrats-Drucksache
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BT-Drucks	Bundestags-Drucksache
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
CCBE	Conseil des barreaux européens (Rat der europäischen Anwaltschaften)
c.i.c.	culpa in contrahendo (Verschulden bei Vertragsschluss)
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (UN-Kaufrecht)
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DDG	Digitale-Dienste-Gesetz
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
DL-InfoV	Verordnung über Informationspflichten für Dienstleistungserbringer (Dienstleistungs-Informationspflichten-Verordnung)
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DRiG	Deutsches Richtergesetz

DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drucks	Drucksache
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGVVG	Einführungsgesetz zum Versicherungsvertragsgesetz
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis
ERVV	Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung)
EStG	Einkommenssteuergesetz
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
EU	Europäische Union
Eu-ErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuRAG	Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWIV-VO	Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht (Zeitschrift)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FF	forum familienrecht (Zeitschrift)
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn	Fußnote
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht (Zeitschrift)

FS	Festschrift
FuR	Familie und Recht (Zeitschrift)
GA	Goltdammer's Archiv
Gbl	Gesetzblatt
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
GesO	Gesamtvollstreckungsordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GI	Gerling Informationen
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GNotKG	Gerichts- und Notarkostengesetz
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GSSt	Großer Senat für Strafsachen
GSZ	Großer Senat für Zivilsachen
GuT	Gewerbemiete und Teileigentum (Zeitschrift)
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GwG	Geldwäschegesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HK-ZPO	Handkommentar Zivilprozessordnung
h.M.	herrschende Meinung
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.A.	im Auftrag
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IFLRev	International Finance Law Review (England)
InsO	Insolvenzordnung
InvG	Investmentgesetz
IPR	Internationales Privatrecht
i.R.d.	im Rahmen des/der
i.S.d./v.	im Sinne des/der/von
i.V.	in Vertretung
i.V.m.	in Verbindung mit
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JurBüro	Das Juristische Büro (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung

KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht, Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KO	Konkursordnung
KostRMoG	Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts (Kostenrechtsmodernisierungsgesetz)
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
krit.	kritisch
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KStR	Körperschaftsteuer-Richtlinien
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht – Konkurs, Treuhand, Sanierung
KWG	Kreditwesengesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
LM	Lindenmaier/Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
LS	Leitsatz
Lugano-GVÜ	Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen v. 16.9.1988
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
m. Anm.	mit Anmerkung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
MietRB	Miet-Rechtsberater (Zeitschrift)
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
MoPeG	Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts
MüKo	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NCPC	Nouveau code de la procédure civile (Frankreich)
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-CoR	NJW-Computerreport
NJWE-VHR	NJW-Entscheidungsdienst Versicherungs- und Haftungsrecht
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
n.rkr.	nicht rechtskräftig
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
n.v.	nicht veröffentlicht
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZB	Nichtzulassungsbeschwerde
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht

OGH	Oberster Gerichtshof der Republik Österreich
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLG-Report
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PAO	Patentanwaltsordnung
PartGG	Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger Freier Berufe (Partnerschaftsgesellschaftsgesetz)
PartGmbB	Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung
PatAnwO	Patentanwaltsordnung
PflichtVG	Pflichtversicherungsgesetz
PHi	Haftpflicht international – Recht & Versicherung (Zeitschrift)
PKH	Prozesskostenhilfe
r + s	Recht + Schaden (Zeitschrift)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RADG	Rechtsanwaltsdienstleistungsgesetz
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
RDG	Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsdienstleistungsgesetz)
Rdn	Randnummer(n)
RG	Reichsgericht
RGRK	Reichsgerichtsrätekommentar
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RichtlRA	Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts, Richtlinien gemäß § 177 Abs. 2 Nr. 2 BRAO a.F.
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
rkr.	rechtskräftig
RLNot	Allgemeine Richtlinien für die Berufsausübung der Notare
Rn	Randnummer(n)
Rom I-VO	VO (EG) Nr. 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom II-VO	VO (EG) Nr. 864/2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
RPfl	Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschrift)
RPflG	Rechtspflegergesetz
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz)
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SchuModG	Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts
SE	Societas Europaea
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SPE	Societas Privata Europaea
StaRUG	Unternehmensstabilisierungs- und Restrukturierungsgesetz
StB	Der Steuerberater (Zeitschrift)

StBerG	Steuerberatungsgesetz
Stbg	Die Steuerberatung (Zeitschrift)
StBGebV	Gebührenverordnung für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (Steuerberatergebührenverordnung)
StBVV	Vergütungsverordnung für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (Steuerberatervergütungsverordnung)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig
SUP	Societas Unius Personae
SVR	Straßenverkehrsrecht – Zeitschrift für die Praxis des Verkehrsjuristen
TMG	Telemediengesetz
Tz.	Textziffer
UG	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)
UmwG	Umwandlungsgesetz
Urt.	Urteil
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VerglO	Vergleichsordnung
VermG	Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz)
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VO	Verordnung
VV	Vergütungsverzeichnis
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung (Zeitschrift)
WM	Wertpapiermitteilungen (Zeitschrift)
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandelsgesetz)
WPO	Gesetz über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer
WuB	Wirtschafts- und Bankrecht (Zeitschrift)
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht (Zeitschrift)
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
zfs	Zeitschrift für Schadensrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis

ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZS	Zivilsenat
z.T.	zum Teil
zust.	zustimmend
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZwVwV	Zwangsverwalterverordnung
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Teil 1: Vertragliche Haftung gegenüber dem Auftraggeber

§ 1 Anwaltsvertrag

Inhalt

	Rdn
A. Einleitung	1
B. Vertrag zwischen Rechtsanwalt und Auftraggeber	4
I. Rechtsnatur	5
II. Vertragsschluss	12
1. Stillschweigender Vertragsschluss	15
2. Gefälligkeit	28
3. Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	33
4. Verbraucherverträge und besondere Vertriebsformen	43
a) Verbrauchervertrag	44
b) „Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge“	45
c) Fernabsatzvertrag	46
d) Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr	47
5. Übernahmepflichten	48
6. Übernahmeverbote und Rechtsfolgen	49
a) Berufsrechtliche Verbote	50
b) Sonstige Tätigkeitsverbote	56
III. Vertragsinhalt	57
IV. Vertragsparteien	67
V. Vertragsbeendigung	70
1. Fallgruppen	71
2. Erledigung des Auftrags	72
a) Außergerichtliche Tätigkeit des Rechtsanwalts	76
b) Gerichtliche Tätigkeit des Rechtsanwalts	77
3. Kündigung	81
a) Rechtsgrundlagen	82
b) Außerordentliches Kündigungsrecht beider Parteien	85
aa) Dienste höherer Art aufgrund besonderen Vertrauens	86
bb) Dauerhaftes Dienstverhältnis mit festen Bezügen	88
cc) Mischformen	91
c) Ausschluss des außerordentlichen Kündigungsrechts	92
aa) Beiordnungsfälle	93
bb) Vertraglicher Ausschluss	94
d) Kündigungserklärung	96
e) Schadensersatz bei Kündigung zur Unzeit ohne wichtigen Grund	97
aa) Kündigung zur Unzeit	98
bb) Wichtiger Grund	104
cc) Schadensersatz	105
f) Schadensersatz bei Kündigung infolge vertragswidrigen Verhaltens	106
aa) Vertragswidriges Verhalten des Rechtsanwalts	108
bb) Vertragswidriges Verhalten des Auftraggebers	116
cc) Schadensersatz	124
g) Ausschluss des Schadensersatzes bei ordentlicher Kündigung	125
4. Widerruf	126
5. Rücktritt	127
6. Auflösung	128
7. Insolvenz	129
8. Tod	131
VI. Beweislast	133

	Rdn
C. Unterschiedliche anwaltliche Schuldverhältnisse	137
I. Vertrag über anwaltstypische Tätigkeit	138
II. Mehrfachberufler	139
1. Anwaltsnotar	140
a) Grundlagen	141
b) Haftungsprivileg bei notarieller Tätigkeit	145
c) Abgrenzung anwaltlicher und notarieller Tätigkeit	148
d) Aufeinanderfolge anwaltlicher und notarieller Tätigkeit	159
e) Aufeinanderfolge notarieller und anwaltlicher Tätigkeit	160
2. Rechtsanwalt und Steuerberater/Wirtschaftsprüfer	161
III. Vertrag über anwaltsfremde Tätigkeit	164
1. Abgrenzung	165
2. Einzelfälle	168
a) Treuhänderische Vermögensverwaltung	169
b) Anlageberatung	174
c) Makler	178
d) Buchführung und -prüfung	181
e) Mitglied eines Aufsichtsrats	184
f) Mediator	187
IV. Amtliche und amtsähnliche Tätigkeit	190
1. Verwalter in Insolvenzverfahren, Mitglied im Gläubigerausschuss	191
2. Vormund, Pfleger und Betreuer	194
3. Testamentsvollstrecker und Nachlassverwalter	195
V. Gerichtliche Beiordnung	197
1. Prozesskostenhilfe	199
2. Notanwalt und Gewährung von Beratungshilfe	205
3. Beistand im Scheidungsverfahren	206
4. Pflichtverteidiger	207
D. Verträge mit Auslandsbezug	208
E. Vor-, nach- und außervertragliche Haftung	213
I. Vorvertragliche Haftung	214
1. Verschulden bei Vertragsschluss	214
2. § 44 Satz 2 BRAO	215
a) Angebot zum Abschluss eines Anwaltsvertrages	216
b) Zugang	217
c) Keine Annahmeerklärung durch den Rechtsanwalt	219
d) Schuldhafte Verzögerung der Ablehnungserklärung	220
e) Schadensersatz	228
3. Vertretung des Gegners, eingeschränkte Übernahmebereitschaft	229
4. § 49b Abs. 5 BRAO, Kosten	230
5. § 16 Abs. 1 BORA	231
II. Nachvertragliche Haftung	232
1. Erlöschen der Pflichten mit Beendigung des Anwaltsvertrages	233
2. Nachwirkende Vertragspflichten	234
a) Gesetzliche nachvertragliche Pflichten	235
b) Nachvertragliche Aufklärungspflichten	236
aa) Laufende prozessuale Fristen	237
bb) Materiell-rechtliche Fragen, insb. Verjährung	240
cc) Verjährung der Sekundärhaftung	244
c) Nachvertragliche Pflichten bei Fortgeltung einer Vollmacht	245
3. Zusammenfassung	247
III. Außervertragliche Haftung (ohne Delikt)	248
1. Geschäftsführung ohne Auftrag	248
2. Ungerechtfertigte Bereicherung	253
F. Beteiligung mehrerer Rechtsanwälte	256
I. Prozess- und Verkehrsanwalt	257
1. Begriffsbestimmung	257
2. Verkehrsanwaltsvertrag	260

	Rdn
3. Eigenständige Pflichtenkreise von Prozess- und Verkehrsanwalt	262
4. Haftung des Prozessbevollmächtigten	263
5. Haftung des Verkehrsanwalts	270
6. Fälle gesamtschuldnerischer Haftung	275
7. Fehler eines Rechtsanwalts als Mitverschulden des gemeinsamen Auftraggebers	278
8. Zusammenfassung	280
II. Haupt- und unterbevollmächtigter Rechtsanwalt	281
1. Grundlagen	282
2. Unterbevollmächtigung beim sog. Kartellsystem	285
3. Voraussetzungen wirksamer Unterbevollmächtigung	293
4. Rechtsfolgen wirksamer Unterbevollmächtigung	299
5. Eigenmächtige Unterbevollmächtigung	306
6. Zusammenfassung	309
III. Angestellter Rechtsanwalt und freier Mitarbeiter	310
1. Begriffsbestimmung	312
2. Haftung des beauftragten Rechtsanwalts	314
3. Haftung des angestellten Rechtsanwalts bzw. des freien Mitarbeiters	315
IV. Allgemein bestellter Vertreter	320
1. Begriffsbestimmung	321
2. Haftung der beteiligten Rechtsanwälte	323
a) Haftung des beauftragten Rechtsanwalts	324
b) Eigenhaftung des Vertreters	326
c) Gesamtschuldnerische Haftung	333
V. Abwickler	334
1. Begriffsbestimmung	335
2. Haftung des Abwicklers	339
3. Haftung des früheren Rechtsanwalts	342
VI. Nacheinander und nebeneinander tätige Rechtsanwälte	344
1. Grundlagen	344
2. Eigenständige Pflichtenkreise	346
3. Kausalität und Zurechnung	348
4. Gesamtschuldnerische Haftung	355
5. Fehler eines Rechtsanwalts als Mitverschulden des Auftraggebers	356
VII. Zusammenarbeit mit ausländischen Anwälten	363
1. Grundlagen	363
2. Anwendbares Recht	366
3. Haftung des beauftragten Rechtsanwalts	367
4. Haftung des ausländischen Rechtsanwalts	386
5. Einvernehmensanwalt	387
6. Honorar des ausländischen Anwalts	391
G. Anwaltliche Organisationsformen	392
I. Bürogemeinschaft	393
1. Rechtsgrundlagen	393
2. Haftung	394
II. „Verbund“	395
1. Begriff	395
2. Anwendbares Recht	396
3. Haftung	397
III. Sozietät (GbR)	398
1. Grundlagen	399
a) Gesellschaftsrecht	400
b) Berufsrecht	401
c) Lauterkeitsrecht	402
2. Haftung der Mitglieder einer Sozietät	406
a) Einführung	406
b) Entwicklung der Rechtsprechung	408
c) Folgen für Rechtsanwaltssozietäten	411
aa) Vertragliche Ausgestaltung der gesetzlichen Gesellschafterhaftung	412
bb) Keine Analogie zu § 8 Abs. 2 PartGG?	413
cc) Analogie zu §§ 128, 129 HGB a.F., jetzt §§ 126, 127 HGB n.F.	414
d) Einzelfragen	415
aa) Einzel- oder Gesamtmandat	416
bb) Scheinsozietät	418

	Rdn
cc) Haftung neu eingetretener Sozien	420
dd) Haftung ausgeschiedener Sozien	423
e) Internationale Sozietät	426
aa) Anwendbares Recht	427
bb) Berufsrechtliche Zulässigkeit	430
cc) Haftung	434
f) Ausgleich im Innenverhältnis	435
3. Sternsozietät	436
IV. Partnerschaft	437
1. Rechtsgrundlagen	437
2. Haftung der Partnerschaft	438
3. Haftung der Partner	439
4. Haftungsbeschränkung auf einzelne Partner	446
5. Haftungsbeschränkung auf die Partnerschaftsgesellschaft (PartGmbB)	454
V. GmbH & Co. KG	462
VI. GmbH, UG (haftungsbeschränkt)	463
1. Rechtsgrundlagen	463
2. Haftung	465
3. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	470
VII. Rechtsanwalts-AG	471
1. Zulassungsvoraussetzungen	472
2. Postulationsfähigkeit	473
3. Haftung	474
VIII. Europäische Organisationsformen	475
1. Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	475
a) Rechtsgrundlagen	475
b) Anwendbares Recht	476
c) Haftung	477
2. Societas Europaea – SE	481
3. Societas Privata Europaea – SPE/Societas Unius Personae – SUP	482
IX. Internationale Organisationsformen	483
1. LLP	483
2. „Limited“	485
H. Vertragliche Haftungsbeschränkungen	486
I. Die Regelung des § 52 BRAO	487
1. Sinn und Zweck	488
2. Zeitlicher Anwendungsbereich	489
3. Reichweite	490
II. Haftungsbeschränkung auf einen Höchstbetrag	491
1. Grundlagen des § 52 Abs. 1 BRAO	492
a) Anspruch des Auftraggebers aus dem Vertragsverhältnis mit dem Rechtsanwalt	492
b) Begriff der Haftungsbeschränkung	493
2. Individualvertragliche Haftungsbeschränkung	494
a) Haftung für Fahrlässigkeit	495
b) Vereinbarung im Einzelfall	496
c) Schriftform	501
d) Beschränkung der Haftung auf die Mindestversicherungssumme	502
e) Aufklärung des Auftraggebers	503
f) Rechtsfolge einer unzulässigen Haftungsbeschränkung	504
g) Ausgestaltung	508
3. Haftungsbeschränkung durch vorformulierte Vertragsbedingungen	509
a) Vorformulierte Vertragsbedingungen	510
b) Kein Formerfordernis	511
c) Einfache Fahrlässigkeit	512
d) Beschränkung der Haftung auf den 4-fachen Betrag der Mindestversicherungssumme	515
e) Versicherungsschutz	516
f) Vorformulierte Vertragsbedingungen und AGB-Recht	517
g) Rechtsfolge einer unzulässigen Haftungsbeschränkung	522
h) EG-Verbraucherschutz-Richtlinie	523
III. Haftungskonzentration auf einzelne Rechtsanwälte	526
1. Haftungskonzentration auf einzelne Mitglieder einer Sozietät/Berufsausübungsgesellschaft	527
a) Motive des Gesetzgebers	528

	Rdn
b) Mitglieder einer Sozietät/ Berufsausübungsgesellschaft	529
c) Beschränkung der persönlichen Haftung auf Schadensersatz	530
d) Vereinbarung im Einzelfall oder durch vorformulierte Vertragsbedingungen	535
e) Bearbeitung des Mandats	536
f) Namentliche Bezeichnung	538
g) Zustimmungserklärung des Auftraggebers	539
h) Rechtsfolge einer unzulässigen Haftungskonzentration	541
i) Abweichen von namentlich bezeichnetem und das Mandat bearbeitendem Mitglied der Sozietät bzw. Berufsausübungsgesellschaft	542
2. Haftungskonzentration auf einzelne Mitglieder einer Partnerschaft	549
I. Fazit/Ausblick	550
J. Hinweise zur Formulierung von Haftungsbeschränkungen	551

Spezialliteratur zu § 1:

Adolff, Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit deutscher Anwälte bei der Abgabe von Third Party Legal Opinions, 1997; *Ahlers*, Die Rechtsanwalts-GmbH, AnwBl. 1991, 10; *ders.*, Die Anwalts-GmbH nach geltendem Recht, AnwBl. 1991, 226; *ders.*, Zur Definition der überörtlichen Sozietät, AnwBl. 1992, 54; *ders.*, Die GmbH als Zusammenschluss Angehöriger freier Berufe zur gemeinsamen Berufsausübung, in: FS Rowedder, 1994, S. 1; *ders.*, Die Rechtsanwalts-GmbH zugelassen: Ein Intermezzo?, AnwBl. 1995, 121; *Arnold*, Die Tragweite des § 8 Abs. 2 PartGG vor dem Hintergrund der Haftungsverfassung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, BB 1996, 597; *Authenrieth*, Die inländische Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) als Gestaltungsmittel, BB 1989, 305; *Axmann/Degen*, Kanzleihomepages und elektronische Mandatsbearbeitung – Anwaltsstrategien zur Minimierung rechtlicher Risiken, NJW 2006, 1457; *Bach*, Die BGB-Gesellschaft als Mitglied einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV)?, BB 1990, 1432; *Bälz/Moelle/Zeidler*, Rechtsberatung pro bono publico in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme, NJW 2008, 3383; *Baldringer/Jordans*, Die Haftung des Anwalts für den gemeinsamen Auftritt der (Schein-)Sozietät, AnwBl. 2005, 676; *Bank*, Die LLP – eine attraktive Alternative für deutsche Anwaltssozietäten, BB-Special LLP 3.2010 zu Heft 49, S. 4; *Baumann*, Rechtsnatur und Haftungsverfassung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts im Spannungsfeld zwischen Grundrechtsgewährleistung und Zivilrechtsdogmatik, JZ 2001, 895; *Beck*, Zwei Jahre PartGmbB: Offene Fragen des Gesetzgebungsverfahrens, AnwBl. 2015, 380; *Becker*, Haftungsfragen internationaler Anwaltstätigkeit, AnwBl. 1998, 305; *Becker-Eberhardt*, Zum Inkrafttreten des neuen anwaltlichen Berufsrecht und zur Zulässigkeit von Sternsozietäten, JZ 2000, 418; *Bellstedt*, Die Rechtsanwalts-GmbH, AnwBl. 1995, 573; *Berger*, Rechtliche Rahmenbedingungen anwaltlicher Dienstleistung über das Internet, NJW 2001, 1530; *v. Bernstorff*, Keine entsprechende Anwendung des § 664 BGB auf entgeltliche Geschäftsbesorgungsverträge, NJW 1952, 731; *ders.*, Die Bedeutung der Legal Opinion in der Außenhandelsfinanzierung, RIW 1988, 680; *Bettinger*, Englische LLP und Anwaltshaftung in Deutschland, 2009; *Beuthin*, Zur Begriffsverwirkung im deutschen Gesellschaftsrecht, JZ 2003, 715; *Blunk/Hasenstab/Schröder*, Der DAV-Diskussionsvorschlag von Martin Henssler zur GmbH & Co. KG in der praktischen Umsetzung, AnwBl. 2019, 150; *Boehme*, Neue Grundsätze zur Haftung des Beitretenden für alte GbR-Schulden, NZG 2006, 764; *Boele*, Die Organisation von Rechtsanwaltssozietäten Heute und Morgen, 1992; *Böhlhoff*, Globalisierte Anwaltschaft, BRAK-Mitt. 2002, 13; *Boergen*, Die vertragliche Haftung des Rechtsanwalts, 1968; *Bösert*, Das Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger Freier Berufe (Partnerschaftsgesellschaftsgesetz), ZAP (1994), Fach 15, S. 137; *Borgmann*, Haftpflichtfragen, AnwBl. 1997, 112; *dies.*, Haftpflichtfragen, AnwBl. 1997, 220; *dies.*, Die Rechtsprechung des BGH zum Anwaltshaftungsrecht in der Zeit von Mitte 1991 bis Mitte 2000, NJW 2000, 2953; *dies.*, Die Rechtsprechung des BGH zum Anwaltshaftungsrecht in der Zeit von Mitte 2000 bis Mitte 2002, NJW 2002, 2145; *dies.*, Die Rechtsprechung des BGH zum Anwaltshaftungsrecht in der Zeit von Mitte 2002 bis Mitte 2004, NJW 2005, 22; *dies.*, Die Rechtsprechung des BGH zum Anwaltshaftungsrecht in der Zeit von Ende 2005 bis Ende 2007, NJW 2008, 412; *dies.*, Die Rechtsprechung des BGH zum Anwaltshaftungsrecht bis April 2010, NJW 2010, 1924; *Born*, Die Partnerschaftsgesellschaft für Rechtsanwälte, 1996; *Bräuer*, Vertragliche Haftungsbeschränkung, AnwBl. 2007, 450; *Brandes*, Die höchstrichterliche Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur GmbH, WM 1998, 1; *ders.*, Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Personengesellschaft, WM 2000, 385; *Braun*, Contra-Anwalts-GmbH, MDR 1995, 447; *Brödermann*, Paradigmenwechsel in internationalen Privatrecht, NJW 2010, 807; *Bruns*, Die Haftung des neuen Sozius für alte Schulden, ZIP 2002, 1602; *v. Bühren*, Rechtsschutz – aktuelle Entwicklung des Bedingungsmarktes, AnwBl. 2007, 473, *Bürger*, Das Fernabsatzrecht und seine Anwendbarkeit auf Rechtsanwälte, NJW 2002, 465; *Bunte*, Mandatsbedingungen der Rechtsanwälte und das

AGB-Gesetz, NJW 1981, 2657; *Burger*, Die akzessorische Haftung des eintretenden Sozius für Altverbindlichkeiten der Sozietät, BRAK-Mitt. 2003, 262; *Buschbell*, Prozessfinanzierung als Instrument der Anspruchsverfolgung, AnwBl. 2007, 825; *Busse*, Die personelle Haftungsbegrenzung in der Steuerberater-Sozietät gemäß § 67a Abs. 2 StBerG, DStR 1995, 738; *Canaris*, Die Übertragung des Regelungsmodells der §§ 125–130 HGB auf die Gesellschaft bürgerlichen Rechts als unzulässige Rechtsfortbildung contra legem, ZGR 2004, 69; *Chab*, Pflichten und Haftung des Anwalts, PKH nach der ZPO-Reform, BRAK-Mitt. 2003, 163; *ders.*, Ansprüche gegen Anwälte aus Treuhand, AnwBl. 2004, 440; *ders.*, Vertragliche Haftungsbeschränkungen – Fluch oder Segen?, AnwBl. 2006, 205; *ders.*, Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht das Gleiche, AnwBl. 2009, 379; *ders.*, Anm. zu BGH v. 8.2.2011 – VI ZB 31/09, BRAK-Mitt. 2011, 140; *Clausnitzer/Pieper/Schollmeier*, EG-Recht in der Anwaltskanzlei, 1999; *Dahns*, Aktuelle höchstrichterliche Entscheidungen zur Interessenkollision, NJW-Spezial 2019, 190; *Damm*, Gesellschaftsrecht der Freien Berufe im Wandel, in: FS Brandner, 1996, S. 31; *Damm/v. Mickwitz*, Kooperation und Haftung in interprofessionellen Sozietäten, JZ 2001, 76; *Dauner-Lieb*, Durchbruch für die Anwalts-GmbH?, GmbHR 1995, 259; *dies.*, Ein neues Fundament für die BGB-Gesellschaft, DStR 2001, 356; *Deckenbrock*, Interessenkollision und gemeinschaftliche Berufsausübung – was gilt?, AnwBl. 2009, 170; *ders.*, Tätigkeitsverbote des Anwalts: Rechtsfolgen beim Verstoß, AnwBl. 2010, 221; *ders.*, Sozietät und Bürogemeinschaft – berufsrechtlich gebotene Gleichbehandlung?, NJW 2008, 3529; *ders.*, Anwaltliche Verschwiegenheit und berufliche Zusammenarbeit, AnwBl. 2019, 226; *Deckenbrock/Meyer*, Die Haftung des Scheinsozius, ZIP 2014, 701; *Deppert*, Die Rechtsprechung des Senats für Anwaltssachen des Bundesgerichtshofes im Jahre 2002, BRAK-Mitt. 2003, 42; *dies.*, Die Rechtsprechung des Senats für Anwaltssachen des Bundesgerichtshofes im Jahre 2003, BRAK-Mitt. 2004, 94; *de Paoli*, Ein Anwalt zum Festpreis von 7,99 britischen Pfund, AnwBl. 2014, 329; *Diller/Beck*, Neuregelung der Verjährung für Anwaltshaftung: Der Irrgarten der Übergangsregelungen, ZIP 2005, 976; *Dittmann*, Überlegungen zur Rechtsanwalts-GmbH, ZHR 161 (1997), 332; *Döge*, Die Aktiengesellschaft als Rechtsform der Kooperation von Rechtsanwälten, ZIP 2019, 596; *Döser*, Gutachten für den Gegner: Third Party Legal Opinion im deutschen Recht, in: FS Nirk, 1992, S. 151; *Donath*, Rechtsberatungsgesellschaften, ZHR 156 (1992), 134; *Düwell*, Zur Zulässigkeit der Berufsausübung in einer Kapitalgesellschaft (sog. Anwalts-GmbH), AnwBl. 1990, 388; *Duve*, Brauchen wir ein Recht der Mediation? Zur Zukunft rechtlicher Rahmenregelungen für die Mediation in Deutschland und Europa, AnwBl. 2003, 1 ff.; *ders.*, Mediation in der Wirtschaft: Wege zum professionellen Konfliktmanagement, 4. Aufl. 2024; *ders.*, Mediation und Vertraulichkeit/Der Vorentwurf einer europäischen Mediationsrichtlinie, IDR 2004, 126; *ders.*, Mediation und Vertraulichkeit, IDR 2004, 126; *ders.*, Brauchen wir ein Recht der Mediation?, AnwBl. 2004, 1; *Ehlers*, Notwendige Haftungsprävention für Steuerberater, DStR 2008, 578 und 636; *Eichele*, Sozietätshaftung? Denkbare Folgen zur Rechtsfähigkeit der BGB-Gesellschaft, BRAK-Mitt. 2001, 156; *Eidenmüller*, Vertrags- und Verfahrensrecht der Wirtschaftsmediation, 2001; *Eisenberg*, Das Internationale Privatrecht der Anwaltshaftung, 1998; *Elsing*, Alles entschieden bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts? Die Rechtsprechung zwischen Mosaik- und Meilensteinen, BB 2003, 909; *Engels*, Beauftragung mehrerer Anwälte – Erstattungsfähigkeit ihrer Gebühren, MDR 1999, 1043; *Ernst*, Widerruf von Anwaltsverträgen im Fernabsatz? NJW 2014, 817; *Etzkorn/Kremer*, Das Widerrufsrecht bei anwaltlicher Beratung via E-Mail und Internet, K&R 2008, 273; *Evers*, Der Rechtsanwalt als Treuhänder im Bauherrenmodell, NJW 1983, 1652; *Eylmann*, Bewegung im Berufsrecht der Notare, NJW 1998, 2929; *Falke*, Der Anwalt als umfassender Konfliktmanager, AnwBl. 2004, 16; *v. Falkenhausen*, Brauchen die Rechtsanwälte ein Partnerschaftsgesetz?, AnwBl. 1993, 479; *Feddersen/Meyer-Landrut*, Partnerschaftsgesellschaftsgesetz, 1995; *Fest*, Mediation – Ein Allheilmittel?, AnwBl. 2008, 613; *Fischer, D.*, Der Mitverschuldenseinwand in der Haftung des steuerlichen Beraters, DB 2010, 2600; *ders.*, Der makelnde Rechtsanwalt, NJW 2016, 3220; *ders.*, Die neue Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur zivilrechtlichen Haftung der Rechtsanwälte und steuerlichen Berater, WM 2019, Sonderbeilage 1; *Fischer, G.*, Die Haftung des Insolvenzverwalters nach neuem Recht, WM 2004, 2185; *Flume*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Erster Band, Erster Teil, Die Personengesellschaft, 1977 (zitiert: Personengesellschaft); *Frank*, Ist die Bestimmung über den Parteiverrat (§ 356 StGB) ein Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB?, MDR 1962, 945; *Freund*, Die Scheinpartnerschaft, NZG 2017, 1001; *Friedlaender*, Anmerkung zu RG, Urt. v. 2.10.1925 – 497/24 III, JW 1926, 246; *ders.*, Anmerkung zu RG, Urt. v. 10.2.1928 – 231/27 III, JW 1928, 1134; *Fuhrmann*, Die Rechtsstellung des angestellten Rechtsanwalts, 1989; *Furmans*, Haftungsbegrenzung in der gemischten Sozietät und AGB-Kontrolle, NJW 2007, 1400; *Funke*, Der Regierungsentwurf zur Rechtsanwalts-GmbH, AnwBl. 1998, 6; *Ganske*, Das Recht der Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung, 1988; *Ganter*, Zum Gleichlauf von Anwaltsmandat und Anwaltsbeiordnung, AnwBl. 2007, 847; *Gerhardt/Geiss*, Der „blaue Himmel" beginnt zu früh, ZRP 1997, 165; *Gerlt*, Der Gesetzesentwurf zur Anwalts-GmbH: Ein Abschreckungsversuch?, MDR 1998, 259; *Gesmann-Nuissl*, Die Rechts- und Parteifähigkeit sowie Haftverfassung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts nach dem Urteil des BGH, II ZR 331/99 = WM 2001, 408, WM 2001, 973; *Giebels-Deinert*, Anwaltshaftung und andere Folgen der Pflichtverletzung von Prozessvertretern im 18. und 19. Jahrhundert, 2007; *Gladys*, Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit der GbR – Berufshaftpflichtversicherung für Vermögensschäden der Sozietät?, Stbg 2001, 684; *Gloria/Karbowski*, Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV), WM 1990, 1313; *Goette*, BGB-Gesellschaft: Parteifähigkeit der Gesamthand als Gruppe und akzessorische Haftung der Gesellschafter für die Gesellschaftsschulden, DStR 2001, 310; *ders.*, Wo steht der BGH nach „Centros" und „Inspire Art", DStR 2005, 197; *ders.*, Zu den Folgen der Anerkennung ausländischer Gesellschaften mit tatsächlichem Sitz im Inland für die Haftung ihrer Gesellschafter und Organe, ZIP 2006, 541; *Graef*, Die Haftung des deutschen und des englischen Anwalts für fehlerhafte Prozessführung, 1995; *Grams*, Möglichkeiten der Haftungsbeschränkungen für Rechtsanwälte, AnwBl. 2001, 233; *ders.*, Haftungsverfassung von Anwaltssozietäten, BRAK-Mitt. 2002, 60; *ders.*,

Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung für Rechtsanwälte, AnwBl. 2001, 295; *ders.*, Die Anwaltssozietät in der Rechtsform der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, BRAK-Mitt. 2002, 67; *ders.*, Haftungsverfassung von Anwaltssozietäten, BRAK-Mitt. 2002, 60; *ders.*, Zusammenschluss von Anwälten, BRAK-Mitt. 2002, 214; *Großfeld*, Internationales und Europäisches Unternehmensrecht, 2. Aufl. 1995; *Gruber*, Anwaltshaftung bei grenzüberschreitenden Mandaten, MDR 1998, 1399; *Grüninger*, Die deutsche Rechtsanwaltssozietät als Mitglied einer EWIV, AnwBl. 1990, 228; *ders.*, Aspekte, Strategien und Möglichkeiten einer EWIV von Rechtsanwälten, AnwBl. 1992, 111; *Grunewald*, Die Entwicklung der Rechtsprechung zum anwaltlichen Berufsrecht in den Jahren 1999 und 2000, NJW 2002, 188; *dies.*, Rechtsberatung und Streitschlichtung im Internet – (k)ein Fall für das Rechtsberatungsgesetz?, BB 2001, 1111; *dies.*, Anwaltshaftung bei gemeinschaftlicher Berufsausübung, ZAP (2001), Fach 23, S. 551; *dies.*, Die Entwicklung der Rechtsprechung zum anwaltlichen Berufsrecht in den Jahren 2001 bis 2003, NJW 2004, 1146; *dies.*, Scheinsozietäten als besondere Form der Scheingesellschaft, in: FS Ulmer, 2003, S. 141; *dies.*, Zur Haftung neu eintretender Sozien für die Altverbindlichkeiten einer Kanzlei, JZ 2004, 683; *dies.*, Kombinationen von Beratungsverträgen und Aufsichtsratsmandaten, AnwBl. 2007, 568; *dies.*, Die Entwicklung der Rechtsprechung zum anwaltlichen Berufsrecht in den Jahren 2009 – 2010, NJW 2010, 3551; *Grunewald/Müller*, Ausländische Rechtsberatungsgesellschaften in Deutschland, NJW 2005, 465; *Gruson*, Persönliche Haftung deutscher Unternehmensjuristen für die Richtigkeit einer legal opinion nach US-amerikanischem Recht, RIW 2002, 596; *Haas*, Neue Gesellschaftsform, BRAK-Mitt. 1994, 1; *Habersack*, Haftung der Mitglieder einer GbR für Bürgschaftsverpflichtungen der Gesellschaft, BB 1999, 61; *ders.*, Das anwaltliche Berufsrecht in der Rechtsprechung des BVerfG seit 1987, NJW 2003, 261; *ders.*, Die Anerkennung der Rechts- und Parteifähigkeit der GbR und der akzessorischen Gesellschafterhaftung durch den BGH, BB 2001, 477; *Hadding/Kießling*, Die Europäische Privatgesellschaft (Societas Privata Europaea – SPE), WM 2009, 145; *Hartstang*, Anwaltliche Berufsausübung in Form einer GmbH – Zugleich eine Besprechung von BayObLG vom 24.11.1994 – 3 Z BR 115/94, ZAP (1994), Fach 23, S. 193; *Hartung, M.*, Die Aussichten sind gut für eine PartGmbH, AnwBl. 2011, 449; *ders.*, Mehr Freiheit bei der interprofessionellen Zusammenarbeit, AnwBl. 2017, 397; *Hartung, W.*, Neues Berufs- und Gebührenrecht für Rechtsanwälte, WiB 1994, 585; *ders.*, Sozietät oder Kooperation, AnwBl. 1995, 333; *ders.*, Mandatsvertrag – Das Einzelmandat in der Anwaltssozietät, MDR 2002, 1224; *ders.*, Das anwaltliche Berufsrecht in der Rechtsprechung des BVerfG seit 1987 – Ein Überblick über die wesentlichen Entscheidungen der letzten 15 Jahre, NJW 2003, 261; *Hartung/Bargon*, Die UK-LLP in der deutschen Praxis, AnwBl. 2011, 84; *Hartung/Wendenburg*, Die interprofessionelle Mediationskanzlei, NJW 2009, 1551; *Hasenkamp*, Die akzessorische Haftung ausscheidender und eintretender Gesellschafter bürgerlichen Rechts, DB 2002, 2632; *ders.*, Haftung für Altverbindlichkeiten bei Eintritt in eine GbR, DNotZ 2003, 768; *Heckschen*, Aktuelles zur Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung, NotBZ 2018, 81; *Heinemann, K.*, Baustein anwaltlicher Berufshaftung: die Beweislast, NJW 1990, 2345; *Heinemann, P.*, Rechtsformwahl und Anwalts-GmbH, AnwBl. 1991, 233; *Heinrichs*, Die Entwicklung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Jahre 1996, NJW 1997, 1407; *Heinrichs/Kießling*, Die „GbR ohne persönliche Gesellschafterhaftung", WM 1999, 877; *Heintze*, Rechtsanwalts-Franchising, 2003; *Hellwig*, Formen der Gestaltung der Zusammenarbeit mit dem ausländischen Anwalt, AnwBl. 1996, 124; *ders.*, Die Rechtsanwalts-GmbH, ZHR 161 (1997), 337; *Henssler*, Die Rechtsanwalts-GmbH, JZ 1992, 697; *ders.*, Anwaltsgesellschaften, NJW 1993, 2137; *ders.*, Haftungsrisiken anwaltlicher Tätigkeit, JZ 1994, 178; *ders.*, Der Regierungsentwurf eines Gesetzes über Partnerschaftsgesellschaften, WiB 1994, 53; *ders.*, Die Freiberufler-GmbH, ZIP 1994, 844; *ders.*, Anmerkung zu BayObLG, Beschl. v. 14.11.1994 – 3 Z BR 115/94, ZIP 1994, 1871; *ders.*, Die Haftung der Partnerschaft und ihrer Gesellschafter, in: FS Vieregge, 1995, S. 361; *ders.*, Neue Formen anwaltlicher Zusammenarbeit, DB 1995, 1549; *ders.*, Die Haftung der Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer, AnwBl. 1996, 3; *ders.*, Partnerschaftsgesellschaftsgesetz, 1997; *ders.*, Die Rechtsanwalts-GmbH – Zulässigkeit und Satzungserfordernisse, ZHR 161 (1997), 305; *ders.*, Der Gesetzesentwurf zur Regelung der Rechtsanwalts-GmbH, ZIP 1997, 1481; *ders.*, Rechtsanwalts-GmbH oder Partnerschaft?, ZAP (1997), Fach 23, S. 285; *ders.*, Das Verbot der Sternsozietät gemäß § 31 Berufsordnung der Rechtsanwälte – eine reformbedürftige Norm, ZIP 1998, 2121; *ders.*, Zur Zulässigkeit einer interprofessionellen Sternsozietät, NZG 1999, 1095; *ders.*, Die gesetzliche Regelung der Rechtsanwalts-GmbH, NJW 1999, 241; *ders.*, Mediation und Rechtsberatung, NJW 2003, 241; *ders.*, Der (Teil-) Vergütungsanspruch des Rechtsanwalts im Falle vorzeitiger Mandatsbeendigung im Normgefüge des § 628 BGB, NJW 2005, 1; *ders.*, Aktuelle Praxisfragen anwaltlicher Vergütungsvereinbarungen, NJW 2005, 1537; *ders.*, Anwaltliche Berufspflichten bei grenzüberschreitender Tätigkeit, NJW 2009, 1556; *ders.*, Die internationale Rechtsanwaltspartnerschaft – unnötige Hürden im geltenden Gesellschaftsrecht, NZG 2019, 401; *Henssler/Deckenbrock*, Der (Teil-)Vergütungsanspruch des Rechtsanwalts im Falle vorzeitiger Mandatsbeendigung im Normgefüge des § 628 BGB, NJW 2002, 1; *Henssler/Mansel*, Die Limited Liability Partnership als Organisationsform anwaltlicher Berufsausübung, NJW 2007, 1393; *Henssler/Trottmann*, Berufsrechtliche Besonderheiten bei der interprofessionellen Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung, NZG 2017, 241; *Henze*, Beschränkung der Gesellschafterhaftung – Teilrechtsfähigkeit der GbR im Wandel, BB 1999, 2260; *Heublein*, Die Rechtsanwalts-Aktiengesellschaft vor der Eintragung ins Handelsregister, AnwBl. 1999, 304; *Heussen*, Interessenkonflikt zwischen Amt und Mandat bei Aufsichtsräten, NJW 2001, 708; *v. d. Heydt/Rechenberg*, Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung, 1991; *Hirtz*, Eine Sozietät ist auch keine Sozietät, NJW 2012, 35, 50; *ders.*, Tektonische Verwerfungen im anwaltlichen Gesellschaftsrecht, AnwBl. 2013, 693; *Höpfner*, Die Haftungsverfassung der Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung, JZ 2017, 19; *Hofmeister*, Beginn der Enthaftung des ausscheidenden Personengesellschafters nach § 160 I 2 HGB, NJW 2003, 93; *Hommelhoff*, Wider das Akzessorietätsdogma in der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, ZIP 1998, 8; *Hommelhoff/Schwab*, Anm. BayObLG, Beschl. 24.11.1994 – 3 Z BR 115/94, WiB

1995, 115; *Hopt/Steffek*, Mediation – Rechtstatsachen, Rechtsvergleich, Regelungen, 2008; *Horn*, Deutsches und europäisches Gesellschaftsrecht und die EuGH-Rechtsprechung zur Niederlassungsfreiheit – Inspire Art, NJW 2004, 893; *Horst*, E-Commerce – Verbotenes Terrain für Rechtsanwälte?, MDR 2000, 1293; *Hospach/Bandtel-Weis*, Klare Absage des BGH an die Mehrstöckigkeit von Rechtsanwaltsgesellschaften, NZG 2017, 1331; *Hueck*, Drei Fragen zur Gesamthandsgesellschaft, in: FS Zöllner, 1998, S. 275; *Jackson & Powell*, On Professional Negligence, 9. Aufl. 2021; *Jahndorf*, Die EWIV im Ertragsteuerrecht, 1995; *Jander/Du Mesnil de Rochemont*, Die Legal Opinion im Rechtsverkehr mit den USA, RIW 1976, 332; *Jauernig*, Zur Rechts- und Parteifähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, NJW 2001, 2231; *Jawansky*, Haftung und Vertrauensschutz bei Berufsausübung in der Partnerschaftsgesellschaft, DB 2001, 2281; *ders.*, Aktuelle Entwicklungen im Berufs- und Gesellschaftsrecht der Anwaltschaft – Abschied vom Verbot der Sternsozietät, hin zur AG und zum Konzern, DB 2002, 2699; *Joachim*, Die Abwicklung einer Rechtsanwaltskanzlei, insbesondere im Erbfall, ZEV 2014, 236; *Junge-Ilges*, Haftungsvereinbarungen der rechts- und wirtschafsberatenden Berufe, 1995; *Jungk*, Die Rechtsanwaltssozietät als Haftungsgemeinschaft, AnwBl. 1996, 297; *dies.*, Viele Anwälte verderben den Fall – wer haftet?, AnwBl. 1997, 620; *dies.*, Aktuelle Entwicklungen in der Rechtsprechung zur Rechtsberaterhaftung, BRAK-Mitt. 2001, 159; *dies.*, Der Anwaltsnotar, AnwBl. 1999, 343, 404; *dies.*, Der Anwalt im Grenzbereich anwaltlicher Tätigkeit, AnwBl. 2004, 117; *dies.*, Haftung neu eintretender Sozien für Altverbindlichkeiten analog § 130 HGB auch für Haftpflichtansprüche, BRAK-Mitt. 2004, 217; *dies.*, Gesteigerte Haftung des Fachanwalts?, AnwBl. 2007, 227; *dies.*, Arbeitsteilung im Mandat – und ihre Gefahren, AnwBl. 2008, 140; *dies.*, Haftungsrechtliche Probleme in der interprofessionellen Sozietät, AnwBl. 2009, 865; *Kääb/Oberländer*, Kooperationsformen bei Rechtsanwälten, BRAK-Mitt. 2005, 55; *Kaiser*, Die Haftung des deutschen Rechtsanwalts bei grenzüberschreitender Tätigkeit, NJW 1991, 2049; *Kaiser/Bellstedt*, Die Anwaltssozietät, 2. Aufl. 1995; *Kammerer-Galahn*, Compliance – Herausforderung für Unternehmensleiter und deren Rechtsberater, AnwBl. 2009, 77; *Kappus*, Inhaltskontrolle gesetzesrezitierender Klauseln, NJW 2003, 322; *Karl*, Die Rechtsanwaltsgesellschaft mbH & Co. KG, NJW 2010, 967; *Kempter*, Das Partnerschaftsgesellschaftsgesetz, BRAK-Mitt. 1994, 122; *ders.*, Die Rechtsanwalts-GmbH und das Bayerische Oberste Landesgericht – was nun?, BRAK-Mitt. 1995, 4; *Kempter/Kopp*, Hinweise zur Gestaltung der Satzung einer Rechtsanwalts-GmbH, BRAK-Mitt. 1998, 254; *dies.*, Hinweise zur Gestaltung der Satzung einer Rechtsanwalts-AG, NJW 2001, 777; *dies.*, Zulässigkeit und berufsrechtliche Zulassung der Rechtsanwalts-Aktiengesellschaft, NZG 2005, 582; *Kewenig*, Das Recht der rechtsberatenden Berufe – eine Herausforderung für den Gesetzgeber und die Standesorganisation, JZ 1990, 782; *Kienzler*, Die PartG mbB – Ziel erreicht?, JR 2016, 221; *Kilian*, Das Verbot der Sternsozietät – Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht?, NJW 2001, 326; *ders.*, Die ILP – Modell für das deutsche Recht?, NZG 2004, 71; *ders.*, Die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung, AnwBl. 2013, 14; *ders.*, Sozietäten: Rechtsformen „made in USA“, AnwBl. 2013, 428; *ders.*, Anwaltsgeschichte: Der Schutz vor beruflichen Haftungsrisiken, AnwBl. 2014, 991; *ders.*, Die GbR: Unverwüstliche Rechtsform für Berufsausübungsgesellschaften, AnwBl. 2015, 45; *ders.*, Rechtliches und Rechtstatsächliches zum Abschluss von Anwaltsverträgen im Fernabsatz, AnwBl. 2018, 224; *Kindler*, Niederlassungsfreiheit für Scheinauslandsgesellschaften, NJW 1999, 1993; *Kirchberg*, Anmerkung zum Beschluss des BVerfG v. 3.7.2003, Az.: 1 BvR 238/01, BRAK-Mitt. 2003, 236; *Klein-Blenkers*, Wirtschaftliche Bedeutung und rechtliche Fragen zur Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung, DB 1994, 2224; *Kleine-Cosack*, Neuordnung des anwaltlichen Berufsrechts, NJW 1994, 2249; *Knief*, Der Rechtsanwalt als Angestellter und als freier Mitarbeiter, AnwBl. 1985, 58; *Knöfel*, Zulassung einer „Anwalts-Ltd.“ als Rechtsanwaltsgesellschaft?, AnwBl. 2007, 742; *Knöfel*, Internationales Sozietätsrecht, RIW 2006, 87; *Knöringer*, Die Eintrittshaftung von Scheingesellschaftern einer Anwalts-GbR, AnwBl. 2002, 681; *Knoll/Schüppen*, Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung, WiB 1994, 889, 936; *dies.*, Die Partnerschaftsgesellschaft – Handlungszwang, Handlungsalternative oder Schubladenmodell?, DStR 1995, 608, 646; *Koch, B.*, Interdisziplinäre Zusammenarbeit von Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern und Rechtsanwälten in Deutschland, 2003; *Koch, J.*, Haftungsbeschränkungen bei der Abgabe von Third Party Legal Opinions, WM 2005, 1208; *Koller*, Das Haftungsprivileg des Geschäftsbesorgers gemäß §§ 664 Abs. 1 Satz 2, 675 BGB, ZIP 1985, 1243; *Kollhosser/Raddatz*, Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV), JA 1989, 10; *Kopp*, Anwaltsfranchising – Berufsausübungsform zwischen Sozietät und Kooperation, BRAK-Mitt. 2004, 154; *Korts*, Besteuerung der Anwalts-GmbH, AnwBl. 2010, 423; *Krämer*, Haftung aus Gefälligkeit, in: FS Kreft, 2004, S. 79; *Kreifels*, Verschmelzung deutscher Sozietäten mit anglo-amerikanischen Law Firms, BRAK-Mitt. 2002, 8; *Kremer*, Freie Berufe in der Rechtsform der GmbH, GmbHR 1983, 259; *Lach*, Die Möglichkeiten der Niederlassung europäischer Rechtsanwälte in Deutschland, NJW 2000, 1609; *Landry*, Die Anwalts-Kapitalgesellschaft, MDR 1995, 558; *Lang/Fraenkel*, Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts, WM 2002, 260; *Lange*, Die Haftung des Gesellschafters einer GbR für Altverbindlichkeiten, NZG 2002, 401; *Langenkamp/Jaeger*, Die Haftung für Fehler von Scheinpartnern in Rechtsanwalts- und Steuerberaterpartnerschaften, NJW 2005, 3238; *Leibner*, Haftungsrechtliche Rahmenbedingungen für die Tätigkeit als Mediator, NJW 2002, 3521; *Lenz*, Gewerbliche Prozessfinanzierung Praktische Erfahrungen aus Sicht der Finanzierungsgesellschaften, AnwBl. 2007,483; *Lenz*, Die Partnerschaft – alternative Gesellschaftsform für Freiberufler, MDR 1994, 741; *Leutheusser-Schnarrenberger*, Die Partnerschaftsgesellschaft – nationale und EG-rechtliche Bestrebungen zu einem Sondergesellschaftsrecht für die freien Berufe, in: FS Helmrich, 1994, S. 677; *Lieder/Frehse/Kilian*, Fünf Jahre PartG mbB – Die Verbandsform für Anwälte, NJW 2018, 2175; *Lieder/Hoffmann*, Die PartG mbB – Rechtstatsachen und Rechtsprobleme, NJW 2015, 897; *dies.*, Rechtstatsachen zur Partnerschaftsgesellschaft mit und ohne beschränkte Berufshaftung, NZG 2017, 325; *Lingemann/Winkel*, Der Anstellungsvertrag des Rechtsanwalts, Teile 1–6, NJW 2009, 343, 483, 817, 966, 1574, 2185; *dies.*, Der Rechtsanwalt als freier Mitarbeiter, Teile 1–2, NJW 2010, 38, 208; *Littbarski*, Interdependenz zwischen Gefällig-

keit, Haftung und Haftpflichtversicherung?, VersR 2004, 950; *Loewer*, Neuordnung des anwaltlichen Berufsrechts, BRAK-Mitt. 1994, 186; *Louven*, Die Haftung des deutschen Rechtsanwalts im internationalen Mandat, VersR 1997, 1050; *Lux*, Generelle Haftungsprivilegierung von Sozien?, NJW 2003, 2806; *Mahnke*, Das Partnerschaftsgesellschaftsgesetz, WM 1996, 1029; *Maier-Reimer*, Widerstreitende Interessen und Anwaltssozietät, NJW 2006, 3601; *Mankowski*, Anmerkung zu BGH, Urt. 25.4.1996 – 1 ZR 106/94, WiB 1996, 1019; *ders.*, Anwendbares Recht beim Mandatsverhältnis einer internationalen Anwaltssozietät, AnwBl. 2001, 249; *Mann*, Der Berufsbetreuer – ein Freier Beruf?, NJW 2008, 121; *Markworth*, Verbraucherwiderruf des Anwaltsvertrages? – Anwaltsverträge als Fernabsatzvertrag im Sinne des § 312c Abs. 1 BGB – was der BGH noch nicht geklärt hat, AnwBl. 2018, 214; *Marx*, Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) als Kooperationsform für die freien Berufe, AnwBl. 1997, 241; *Mayer*, Eine Lanze für das Korrespondenzmandat, AnwBl. 1992, 170; *Mazza*, Die Haftung des neu eintretenden Partners für Alt-Verbindlichkeiten der Partnerschaft aus Schäden wegen fehlerhafter Berufsausübung, BB 1997, 746; *Meilicke/v. Westphalen/Hoffmann/Lenz/Wolf*, Partnerschaftsgesellschaftsgesetz, 4. Aufl. 2024; *Meyer*, „Ein Fall für Drei" Neue Allianzen zwischen Anwalt und Prozessfinanzierer?, AnwBl. 2007, 520; *Meyer-Landrut*, Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung, 1988; *Michalke*, Neue Garantenpflichten? – oder: Haftung des Compliance-Officers, AnwBl. 2010, 666; *Michalski*, Zum Regierungsentwurf eines Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes, ZIP 1993, 1210; *Michalski/Römermann*, Interprofessionelle Zusammenarbeit von Rechtsanwälten, NJW 1996, 3233; *dies.*, Vertrag der Partnerschaftsgesellschaft, 3. Aufl. 2002; *Mühsam-Werther*, Beweislast im Anwaltsregressprozess, JW 1925, 1362; *Müller, K.*, Schadensersatzpflicht verbundener Anwälte, NJW 1969, 903, 1416; *Müller-Gugenberger*, EWIV – Die neue europäische Gesellschaftsform, NJW 1989, 1449; *Müller-Gugenberger/Schotthöfer*, Die EWIV in Europa, 1995; *Müller-Rabe*, Übergangsrecht nach § 61 RVG in Zivilsachen, NJW 2005, 1609; *Müller-Weiß*, „Ltd." aus Gläubigersicht, AnwBl. 2007, 247; *Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts*, Band 1, 6. Aufl. 2024; *Nerlich*, Internationale Kooperationsmöglichkeiten für europäische Rechtsanwälte, 1994; *ders.*, Anwaltssozietäten in Europa, AnwBl. 1994, 529; *Neye*, Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung – eine Zwischenbilanz, DB 1997, 861; *Niebling*, Haftungsbeschränkung für Rechtsanwälte trotz AGB-Richtlinie, AnwBl. 1996, 20; *Odersky*, Die überörtliche Anwaltssozietät, in: FS Merz, 1992, S. 439; *Offermann-Burckart*, Interessenkollision – Jeder Fall ist anders, AnwBl. 2009, 729; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – Die Grundlagen der Anwalts-GbR, AnwBl. 2013, 558; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – Die Partnerschaftsgesellschaft mbB, AnwBl. 2014, 474; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – Bürogemeinschaft, Kooperation, EWIV, AnwBl. 2013, 858; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – Sonderformen von Sozietäten, AnwBl. 2013, 788; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – Mustervertrag für die Anwalts-GbR, AnwBl. 2013, 715; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – besondere Fragen der Anwalts-GbR, AnwBl. 2013, 697; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – die Grundlagen der Anwalts-GbR, AnwBl. 2013, 558; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – Mustervertrag für die PartG und die PartGmbB, AnwBl. 2014, 488; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – die Partnerschaftsgesellschaft mbB, AnwBl. 2014, 474; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – das große Einmaleins der PartG, AnwBl. 2014, 366; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – das kleine Einmaleins der PartG, AnwBl. 2014, 194; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – vom schönen Schein zur Scheinsozietät, AnwBl. 2014, 13; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – die Satzung der Anwalts-GmbH, AnwBl. 2015, 122; *dies.*, Anwaltliches Gesellschaftsrecht – die Basics der Anwalts-GmbH, AnwBl. 2015, 18; *Oppenhoff*, Anwaltsgemeinschaften, ihr Sinn und Zweck, AnwBl. 1967, 267; *Pabst*, Gebührenrechtliche Folgen der Kündigung des Mandats, MDR 1978, 449; *Pape/Graeber*, Handbuch der Insolvenzverwalterhaftung, 2009; *Pape/Gundlach/Vortmann*, Handbuch der Gläubigerrechte, 3. Aufl. 2018; *Passarge*, Anforderungen an die Satzung einer Rechtsanwalts-AG, NJW 2005, 1835; *Peres/Senft*, Sozietätsrecht, 3. Aufl. 2015; *Pilny*, Germany offers lawyers new partnership vehicle, IFLRev 1996, 14; *Pluskat*, Die Ausgestaltung der Rechtsanwalts-Aktiengesellschaft, AnwBl. 2003, 131; *Pohlmann*, Rechts- und Parteifähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, WM 2002, 1421; *Poll*, Die Haftung der freien Berufe am Beispiel des Rechtsanwalts, Diss. Berlin 1992; *Prechtel*, Der Gerichtsstand des Erfüllungsortes bei anwaltlichen Gebührenforderungen, NJW 1999, 3617; *Prohaska*, Die Handelndenhaftung in der Anwalts-GmbH, MDR 1997, 701; *Prütting*, Rechtsverwerfungen in der BGB-Gesellschaft – und die Folgen für Sozietäten, AnwBl. 2014, 107; *ders.*, Die Mediation und die rechtsberatenden Berufe, ZAP 2018, 335; *Quaas*, Verbot widerstreitender Interessen und Sternsozietät, NJW 2008, 1697; *Rabe*, Der Beruf des Rechtsanwalts – Herausforderung in Gegenwart und Zukunft, NJW 1971, 1385; *Rehm*, Private Haftung der Gesellschafter einer LLP mit Verwaltungssitz in Deutschland, BB-Special LLP 3.2010 zu Heft 49, S. 10; *Reiff*, Die neuen berufsrechtlichen Bestimmungen über Haftungsbeschränkungen durch AGB, AnwBl. 1997, 3; *ders.*, Wider die unternehmenstragende Gesellschaft bürgerlichen Rechts ohne Gesellschafterhaftung, ZIP 1999, 517; *Remmertz*, Zulässigkeit der Selbsteinschätzung als Spezialist nach neuem Berufsrecht, NJW 2008, 266; *Riedel*, Nochmals: Der Rechtsanwalt als Treuhänder im Bauherrenmodell, NJW 1984, 1021; *Rinsche*, Grundsätze der Anwaltshaftung, ZAP (1997), Fach 23, S. 249; *ders.*, Grundsätze der Notarhaftung, ZAP (1997), Fach 23, S. 273; *Rinsche/Schlüter*, Anwaltstätigkeit im internationalen Bereich, ZAP (1992), Fach 23, S. 115; *Römer*, Das sogenannte Augenblicksversagen, VersR 1992, 1187; *Römermann*, Partnerschaftsgesellschaftsgesetz, 6. Aufl. 2024; *ders.*, Entwicklungen und Tendenzen bei Anwaltsgesellschaften, 1995; *ders.*, Anwalts-GmbH als „theoretische Variante" zur Partnerschaft?, GmbHR 1997, 530; *ders.*, Der neue Regierungsentwurf zum AnwaltsGmbH-Gesetz, NZG 1998, 81; *ders.*, Neues im Recht der Partnerschaftsgesellschaft, NZG 1998, 675; *ders.*, Anwalts-GmbH im Wettbewerb, GmbHR 1998, 966; *ders.*, Zur Zulässigkeit der anwaltlichen Sternsozietät, AnwBl. 1999, 554; *ders.*, Persönliche Haftung des Neugesellschafters einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts auch für deren Altverbindlichkeiten, BB 2003, 1081; *ders.*, Die Anwalts-AG, ZAP, Fach 23, S. 461; *ders.*, Anmerkung zum Urteil des BGH v. 7.4.2003 – Az.: II

ZR 56/02, BB 2003, 1084; *ders.*, Die Limited in Deutschland – eine Alternative zur GmbH?, NJW 2006, 2065; *ders.*, Die Anwalts-GmbH & Co. KG, AnwBl. 2008, 609; *ders.*, Die Anwalts-Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt), AnwBl. 2009, 131; *ders.*, Neues und immer noch offene Fragen zur Haftung in der gemischten Sozietät, NJW 2009, 1560; *ders.*, Die PartGmbB, eine neue attraktive Rechtsform für Freiberufler, NJW 2013, 2305; *Römermann/Jähne*, Die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung – ein Erfolgsmodell?, BB 2015, 579; *Römermann/Spönemann*, Gesellschaftsformen für Rechtsanwälte – Berufsrecht, Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, NZG 1998, 15; *Roth*, Die Postulationsfähigkeit der LLP, BB-Special LLP 3.2010 zu Heft 49, S. 29; *Sahan*, Anwälte einer Sozietät als Vertreter widerstreitender Interessen, AnwBl. 2008, 698; *Sandrock*, Ein amerikanisches Lehrstück für das Kollisionsrecht der Kapitalgesellschaften, RabelsZ 42 (1978), 227; *ders.*, Die Konkretisierung der Überlagerungstheorie in einigen zentralen Rechtsfragen, in: FS Beitzke, 1979, S. 669; *ders.*, Centros: Ein Etappensieg für die Überlagerungstheorie, BB 1999, 1337; *Sassenbach*, Die Rechts- und Parteifähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts und besondere Aspekte der Berufshaftpflichtversicherung der Rechtsanwälte, AnwBl. 2002, 54; *ders.*, Rechtsanwaltsgesellschaften: RA-GmbH, RA-AG und RA-LLP?, AnwBl. 2007, 292; *ders.*, Sind Haftungsrecht und Berufsrecht (un)vereinbar?, AnwBl. 2009, 447; *Schäfer*, Scheinsozietät und Scheinsozius – Gesellschafts- und wettbewerbsrechtliche Fragen am Beispiel der Anwaltssozietät, DStR 2003, 1078; *Schardey*, Neue Formen anwaltlicher Berufsausübung, in: FS Quack, 1991, S. 731; *Scharlach/Hoffmann*, Die Partnerschaftsgesellschaft – auf Umwegen zum Erfolg, WM 2000, 2082; *Schaub*, Arbeitsrechts-Handbuch, 21. Aufl. 2025; *Schlee*, Haftpflichtfragen, AnwBl. 1990, 205; *Schlosser*, Grünes Licht für die Rechtsanwalts-GmbHs?, JZ 1995, 345; *Schlüter*, Die EWIV: Modellfall für ein europäisches Gesellschaftsrecht, EuZW 2002, 589; *Schmeel*, Einschaltung mehrerer Anwälte – oder: der geschundene Korrespondenzanwalt, MDR 1995, 24; *Schmellenkamp*, Der Prozessbevollmächtigte als Zustellungsempfänger – Die Bedeutung des § 87 ZPO, AnwBl. 1985, 14; *Schmidt, K.*, Partnerschaftsgesetzgebung zwischen Berufsrecht, Schuldrecht und Gesellschaftsrecht, ZIP 1993, 633; *ders.*, Die Freiberufliche Partnerschaft, NJW 1995, 1; *ders.*, Die BGB-Außengesellschaft: rechts- und parteifähig – Besprechung des Grundlagenurteils II ZR 331/00 vom 29.1.2001, NJW 2001, 993; *ders.*, Die Gesellschafterhaftung bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts als gesetzliches Schuldverhältnis, NJW 2003, 1897; *ders.*, Analoge Anwendung von § 28 HGB auf die Sachgründung freiberuflicher und gewerbetreibender BGB-Gesellschaften, BB 2004, 785; *ders.*, Die Sozietät als Sonderform der BGB-Gesellschaft, NJW 2005, 2801; *ders.*, Plädoyer für die freiberufliche (GmbH & Co.-) Kommanditgesellschaft, DB 2009, 271; *Schneider, C.*, Anwaltskartelle – Wettbewerbswidrigkeit nach Aufhebung des Lokalisationsgrundsatzes, MDR 2000, 437; *Schneider, D.*, Von der losen Kooperation nach dem „Best-friends-System" zur überörtlichen Sozietät, AnwBl. 1991, 565; *Schnittker*, LLP und LLC – Was bedeutet der Konflikt zwischen den einzelnen Jurisdiktionen in den USA für die Haftung der Mitglieder und Partner, GmbHR 2001, 713; *ders.*, Steuerliche Behandlung der LLP mit Verwaltungssitz in Deutschland, BB-Special LLP 3.2010 zu Heft 49 S. 20; *Schöttle*, Anwaltliche Rechtsberatung via Internet, 2004; *ders.*, Zur Bedeutung des neuen Fernabsatzrechts für die Anwaltshomepage, NJW 2005, 1979; *Scholz*, Die BGB-Gesellschaft nach dem Grundsatzurteil des BGH vom 29.1.2001, NZG 2002, 153; *Schoppmeyer*, Die Haftung des Insolvenzverwalters nach § 61 InsO, in: FS Kreft, 2004, S. 525; *Schumacher*, Rechtsanwaltsaktiengesellschaft – nach deren Anerkennung durch das BayObLG, AnwBl. 2000, 409; *Schumann*, Die überörtliche Anwaltssozietät, 1990; *Schwärzer*, Ablauf einer Kanzleiabwicklung, BRAK-Mitt. 2008, 108; *Scriba*, Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung, 1988; *Seibert*, Zum neuen Entwurf eines Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes, AnwBl. 1993, 155; *ders.*, Die Partnerschaft für die Freien Berufe, DB 1994, 2381; *ders.*, Gesellschaften mit „Partner-Zusatz"-Änderungen zum 1.7.1997, ZIP 1997, 1046; *ders.*, Aktuelle Änderungen des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes: Neue Haftungsregelung für Freiberufler, BRAK-Mitt. 1998, 210; *Seibt/Saame*, Die Societas Europaea (SE) deutschen Rechts: Anwendungsfelder und Beratungshinweise, AnwBl. 2005, 225; *Seitmann*, Die Beteiligung mehrerer Anwälte an einem Haftpflichtfall, VersR 1974, 97; *Sieg*, Internationale Anwaltshaftung, 1996; *ders.*, Internationale Anwaltshaftung in den U.S.A., NJW 1996, 2209; *ders.*, Anwaltshaftung bei der Anwendung ausländischen Rechts und bei der Zusammenarbeit mit ausländischen Anwälten, IWB Fach 4, Gruppe 2, S. 223; *ders.*, Die Haftung des Rechtsanwalts bei der Anwendung ausländischen Rechts, ZAP (1996), Fach 23, S. 239; *ders.*, Allgemeine Geschäftsbedingungen im internationalen Geschäftsverkehr, RIW 1997, 811; *ders.*, Die Haftung des Rechtsanwalts bei der Zusammenarbeit mit ausländischen Anwälten, ZAP (1998), Fach 23, S. 341; *ders.*, Grundzüge der Anwaltshaftung in Deutschland, PHi 1999, 130; *ders.*, Zur Rechts- und Parteifähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts und der Haftung ihrer Gesellschafter, ZAP (2001), Fach 15, S. 355; *ders.*, Auswirkungen der neuen Rechtsprechung zur BGB-Gesellschaft auf die persönliche Haftung der Mitglieder von Rechtsanwalts-, Steuerberater- und Wirtschaftsprüfersozietäten, WM 2002, 1432; *ders.*, Anwaltshaftung bei der Anwendung ausländischen Rechts und bei der Zusammenarbeit mit ausländischen Anwälten, IWB 1996, 937; *Sieg/Holtmann*, Der Anwaltsvertrag bei Mandaten mit Auslandsbezug, ZAP (1999), Fach 23, S. 387; *Sotiropoulus*, Partnerschaftsgesellschaft: Haftung der Partner und Haftungsbeschränkungswege, ZIP 1995, 1879; *Spießhofer*, Corporate (Social) Responsibility – auch ein Thema für Anwälte?, AnwBl. 2009, 94; *Stadler*, Allgemeine Geschäftsbedingungen im Internationalen Handel, 2003; *Staehle*, Zur Verfassungswidrigkeit von § 3 BORA, BRAK-Mitt. 2003, 238; *Stehle/Longin*, Rechtsformen für die Freien Berufe, 1995; *Steindorff*, Die Anwaltssozietät, in: FS R. Fischer, 1979, S. 747; *Stobbe*, Die Beschränkung der Anwaltshaftung nach § 51a Abs. 1 Nr. 2 BRAO und die EG-Verbraucherrichtlinie, AnwBl. 1997, 16; *Stoffels*, AGB-Recht, 5. Aufl. 2024; *Strotmann*, Der Zusammenschluss von Rechtsanwälten, 1998; *Taupitz*, Die Zulässigkeit von Freiberufler-GmbHs – Heilkunde-GmbH: ja, Rechtsberatungs-GmbH: nein?, JZ 1994, 1100; *ders.*, Rechtsanwalts-GmbH zugelassen: Durchbruch oder Intermezzo?, NJW 1995, 369; *Theißen*, Die überörtliche Anwaltssozietät, MDR 1993, 1; *Thode*, Freizeichnung aus der Verletzung von Aufklärungs-, Beratungs- und anderen Nebenpflichten, ZNotP

2007, 162; *Timm*, Die Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts und ihre Haftungsverfassung, NJW 1995, 3209; *Triebel/Otte/Kimpel*, Die englische Limited Liability Partnership in Deutschland: Eine attraktive Rechtsform für deutsche Beratungsgesellschaften? BB 2005, 1233; *Triebel/Silny*, Die persönliche Haftung der Gesellschafter einer in Deutschland tätigen englischen Rechtsanwalts-LLP, NJW 2008, 1034; *Ulmer*, Weg zum Ausschluss der persönlichen Gesellschafterhaftung in der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, ZIP 1999, 509; *ders.*, Gesellschafterhaftung in der Gesellschaft bürgerlichen Rechts: Durchbruch der Akzessorietätstheorie?, ZIP 1999, 554; *ders.*, Unbeschränkte Gesellschafterhaftung in der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, ZGR 2000, 339; *ders.*, Die höchstrichterlich „enträtselte" Gesellschaft bürgerlichen Rechts, ZIP 2001, 585; *Ulmer/Habersack*, Die Haftungsverfassung der Partnerschaftsgesellschaft, in: FS Brandner, 1996, S. 151; *Vogels*, Die Haftung von Rechtsanwälten in der Sozietät, 1995; *Vorbrugg/Salzmann*, Überörtliche Anwaltskooperationen, AnwBl. 1996, 129; *v. Waldhausen*, Anwaltshaftung im Rahmen internationaler Zusammenhänge, in: Haarmann Hemmelrath & Partner, Gestaltung und Analyse in der Rechts-, Wirtschafts- und Steuerberatung von Unternehmen, 1998, S. 675; *Weigel*, Die Zulässigkeit der Anwalts-GmbH nach geltendem Recht, BRAK-Mitt. 1992, 183; *Weinbeer*, Die Insolvenzverwalterhaftung gemäß §§ 60 ff. InsO, AnwBl. 2004, 48; *ders.*, Limited und kleine GmbH, Haftungsrechtliches Schlaraffenland oder haftungsbeschränkende Mogelpackungen für Freiberufler? AnwBl. 2008, 368; *Wellensiek*, Anwaltshaftung und Risikomanagement, in: FS Brandner, 1996, S. 727; *Weller/Kienle*, Die Anwalts-LLP in Deutschland – Anerkennung – Postulationsfähigkeit – Haftung, DStR 2005, 1060 und 1102; *Wertenbruch*, Die Parteifähigkeit der GbR – die Änderungen für die Gerichts- und Vollstreckungspraxis, NJW 2002, 324; *Westermann*, Zur Zulassung der GmbH & Co. KG (auch: UG & Co. KG) als Berufsausübungsgesellschaft von Rechtsanwälten, NZG 2019, 1; *Westerwelle*, Die Interessenkollision nach der neuen Berufsordnung, NJW 1997, 2781; *ders.*, Auswirkungen des Wegfalls der Sozietätenregelung in § 3 BORA, NJW 2003, 2958; *v. Westphalen*, Anwaltliche Haftungsbeschränkung im Widerstreit mit der Verbraucherschutzrichtlinie, ZIP 1995, 546; *ders.*, Leitlinien zur Haftungsbeschränkung in Mandats-AGB, MDR 1997, 989; *ders.*, Möglichkeiten der Beschränkung und Konzentration der Haftung der Rechtsanwälte, WiB 1997, 1217; *Wetter*, Scheinsozietäten und Scheinsozien, BRAK-Mitt. 2016, 109; *Wettlaufer*, Angestellter oder freier Mitarbeiter, AnwBl. 1989, 194; *Wiedemann*, Zur Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit sowie zur Haftungsverfassung der GbR, JZ 2001, 661; *Wilde*, Prozessfinanzierung: Eine Branche auf dem Sprung – der Charme der Idee hat an Frische nicht verloren, AnwBl. 2006, 813; *Willandsen*, Die verwaltungs- und standesrechtliche Stellung des auch im Ausland zugelassenen deutschen Rechtsanwalts oder Rechtsbeistands, NJW 1989, 1128; *Wölk*, Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung des Rechtsanwalts, AnwBl. 2003, 328; *Wolf*, Anwaltshaftung in der Sozietät, in: FS Schneider, 1997, S. 349; *Wolfram*, Modern Legal Ethics, 1986; *Wunderlich*, Das Ende der Doppelverpflichtungstheorie?, WM 2002, 271; *Zacharias*, Haftungsfallen beim Eintritt in eine Anwaltssozietät, AnwBl. 2003, 679; *ders.*, Die neue BGH-Rechtsprechung zur Haftung neuer GbR-Gesellschafter für Altverbindlichkeiten – Existenzbedrohung für Freiberufler?, BB 2003, 1916; *Zahorka*, Die Teilnahme von Drittlandsunternehmen an einer EWIV, EuZW 1994, 201; *Zimmer*, Internationales Gesellschaftsrecht, 1996; *Zimmermann*, Haftungsbeschränkung statt Versicherung? – Zur Reichweite von § 51a BRAO, NJW 2005, 177; *Zöllner*, Rechtssubjektivität von Personengesellschaften?, in: FS Gernhuber, 1993, S. 563; *ders.*, Rechtsfähigkeit der BGB-Gesellschaft – ein Sachverstands- oder Kommunikationsproblem?, in: FS Kraft, 1998, S. 701; *Zuck*, Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung als Instrument anwaltlicher Zusammenarbeit, NJW 1990, 954; *ders.*, Die Anwalts-GmbH nach §§ 59c ff. BRAO, MDR 1998, 1317; *ders.*, Die berufsrechtliche Zulassung der Anwalts-GmbH, AnwBl. 1999, 297; *ders.*, Ungelöste Probleme der anwaltlichen Berufsordnung, NJW 1999, 263; *Zugehör*, Die Verjährung in der Berufshaftung der Rechtsanwälte, NJW 1995, Beil. zu Heft 21; *ders.*, Die Haftung des Anwaltsnotars als Treuhänder, ZNotP 1997, 42; *ders.*, Schwerpunkte der zivilrechtlichen Steuerberaterhaftung, DStR 2001, 1613 und 1663; *ders.*, Einzelvertragliche Haftungsbeschränkung gemäß § 51a Abs. 1 Nr. 1 BRAO, in: FS Kreft, 2004, S. 117; *ders.*, Das beschränkte Mandat des Rechtsanwalts und des steuerlichen Beraters, in: FS Ganter, 2010, S. 573 = DStR 2010, 2595; *ders.*, Die neue Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur zivilrechtlichen Haftung der Rechtsanwälte und steuerlichen Berater, WM 2010, Sonderbeilage 1.

A. Einleitung

Wenn von **Anwaltshaftung** die Rede ist, geht es um die Voraussetzungen, unter denen ein Rechtsanwalt ggü. seinem Auftraggeber oder anderen Personen zum Schadensersatz verpflichtet ist.[1] Ein kodifiziertes Recht der Anwaltshaftung gibt es nicht, abgesehen von vereinzelten gesetzlichen Regelungen wie § 44 Satz 2 BRAO oder § 52 BRAO. Grundlegende Bedeutung kommt deshalb dem **1**

1 Zur Geschichte und Entwicklung der Anwaltshaftung vgl. *Giebels-Deinert*, Anwaltshaftung und andere Folgen der Pflichtverletzung von Prozessvertretern im 18. und 19. Jahrhundert.

Richterrecht und dabei vornehmlich der Rechtsprechung des für die Anwaltshaftung[2] (und auch für die Haftung der Rechtsbeistände und Steuerberater) zuständigen IX. Zivilsenats des BGH zu.

2 Das deutsche Recht wählt für die Anwaltshaftung im Gegensatz zu anderen Rechtsordnungen[3] (vgl. auch Rdn 386) einen **vertragsrechtlichen Ansatz**.[4] Dies hängt v.a. damit zusammen, dass in §§ 823 ff. BGB eine deliktische Haftung für fahrlässig verursachte Vermögensschäden weitgehend ausgeschlossen ist (zur Deliktshaftung des Rechtsanwalts vgl. § 15 Rdn 1 ff.). Die national unterschiedliche Anknüpfung der Haftung (Vertrag/Delikt) kann im Zusammenhang mit der Wahl ausländischer Gesellschaften zur Berufsausübung Haftungsbeschränkungen ermöglichen, die das inländische Recht nicht vorsieht (etwa englische LLP, vgl. Rdn 483).

Dogmatisch wurde die Haftung des Rechtsanwalts ggü. seinem Auftraggeber herkömmlicherweise auf das Institut der positiven Vertragsverletzung (pVV) zurückgeführt.[5] Seit der Schuldrechtsmodernisierung gilt das **neue Leistungsstörungsrecht**; hierauf wird – ebenso wie auf das Übergangsrecht – Bezug genommen. Anknüpfungspunkt ist danach die **Schlechtleistung des Rechtsanwalts**, also eine fehlerhafte oder unzureichende Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten.[6] Anspruchsgrundlage für den Ersatz des durch eine schuldhafte Pflichtverletzung verursachten Schadens ist damit regelmäßig **§ 280 Abs. 1 BGB**. Die vertragliche Haftung des rechtlichen Beraters schließt unter den Voraussetzungen des § 253 Abs. 2 BGB auch einen Anspruch auf eine billige Entschädigung in Geld (Schmerzensgeld) mit ein.[7]

3 Bei der steuerrechtlichen Beratung durch **Steuerberater**, **Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer** und **vereidigte Buchprüfer** sind die vertraglichen Grundlagen und die Haftungsregelungen weitgehend **vergleichbar**, weshalb die nachfolgende Darstellung am Beispiel des Rechtsanwalts im Wesentlichen auch für die Haftung der genannten Berufsträger gilt.

B. Vertrag zwischen Rechtsanwalt und Auftraggeber

4 Eine vertragliche Schadensersatzverpflichtung des Rechtsanwalts setzt schon begrifflich einen **Vertrag mit dem Auftraggeber („Mandanten")** voraus. Zunächst wird der **echte Anwaltsvertrag** betrachtet, dessen Gegenstand die Erbringung typischer anwaltlicher Leistungen ist, z.B. die **Beratung** des Mandanten, dessen **Vertretung** in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder die Berücksichtigung der Interessen des Auftraggebers bei **kautelarjuristischer Tätigkeit**, etwa bei der Aushandlung und/oder Gestaltung eines Vertrages. Es geht dabei um die berufstypische Rechtsbeistandspflicht (vgl. § 3 Abs. 1 BRAO, §§ 3, 33 StBerG). Demgegenüber kann sich ein Rechtsberater

2 Im Geschäftsverteilungsplan des BGH für das Geschäftsjahr 2026 ist von „Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (§§ 662 bis 676 BGB) und Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677 bis 687 BGB) (…) betreffend Ansprüche von und gegen Rechtsanwälte und Rechtsbeistände, (…) betreffend Ansprüche aus steuerlicher Beratung" sowie „Schadensersatzansprüche wegen Pflichtverletzungen gegen Rechtsanwälte und Rechtsbeistände" die Rede.

3 Vgl. etwa *Hirte*, Berufshaftung, S. 242 ff. (Österreich, Schweiz, Frankreich, Italien, England und USA); *Sieg*, NJW 1996, 2209 ff. (zum US-amerikanischen Recht); *N. Bettinger*, Englische LLP und Anwaltshaftung in Deutschland, S. 64 ff.

4 Vgl. *Borgmann/Jungk/Schwaiger*, Anwaltshaftung; *Fahrendorf/Mennemeyer*, Die Haftung des Rechtsanwalts; *Henssler/Gehrlein/Holzinger*, Handbuch der Beraterhaftung, *Vollkommer/Greger/Heinemann*, Anwaltshaftungsrecht; vgl. auch *Boergen*, Vertragliche Haftung des Rechtsanwalts; *Henssler*, JZ 1994, 178 ff.; *Hirte*, Berufshaftung, S. 11 ff.; *Poll*, Die Haftung der freien Berufe am Beispiel des Rechtsanwalts, S. 49 f. und S. 163 ff.; *Rinsche*, ZAP, Fach 23, S. 249 ff.; *Grams*, in: Hartung/Scharmer, BORA/FAO, vor § 51 BRAO Rn 2 ff.; *Sieg*, Internationale Anwaltshaftung, S. 85 ff.; *Schultz*, Die zivilrechtliche Haftung des Anwalts, in: Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht; *Gehrlein*, Anwalts- und Steuerberaterhaftung.

5 Vgl. etwa BGH, WM 1986, 199, 203; BGH, NJW-RR 1990, 1241, 1244; *Hartstang*, S. 541.

6 Vgl. *Zugehör*, Beraterhaftung, Rn 135; *Vollkommer/Greger/Heinemann*, § 1 Rn 1.

7 BGH, 9.7.2009 – IX ZR 88/08, NJW 2009, 3025.

auch vertraglich zu Dienstleistungen verpflichten, die keine oder nur geringe Pflichten zur Rechtsbetreuung umfassen (unechter Anwalts- bzw. Rechtsberatervertrag).[8] Die Rechtsprechung geht im Zweifel von einem echten Anwaltsvertrag aus (vgl. Rdn 165 ff.).

Im Zusammenhang mit dem Verständnis und der Auslegung eines Anwaltsvertrags wird stets zu berücksichtigen sein, dass die Rechtsprechung angesichts der Fachkunde des Rechtsanwalts typischerweise von dessen Überlegenheit ggü. seinem regelmäßig rechtsunkundigen Mandanten ausgehen wird[9] und die Belehrungspflichten auch ggü. Rechtsanwälten als Mandanten gleichermaßen bestehen.[10]

I. Rechtsnatur

Nach allgemeiner Ansicht in Rechtsprechung[11] und Schrifttum[12] ist ein typischer Anwaltsvertrag **regelmäßig als Dienstvertrag** einzuordnen, der eine **Geschäftsbesorgung** zum Inhalt hat (§§ 611, 675 Abs. 1 BGB). Das gilt auch für den Vertrag eines anwaltlichen Mediators mit der einzelnen Konfliktpartei[13] (zur Mediation vgl. Rdn 187 ff.). Je nach Inhalt der übernommenen Leistungen kann der Anwaltsvertrag aber auch **Werkvertrag** sein, der auf eine Geschäftsbesorgung gerichtet ist (§§ 631, 675 Abs. 1 BGB)[14] oder ausnahmsweise den Charakter eines Garantievertrags aufweisen. 5

Die **Abgrenzung** von Anwaltsdienst- und Anwaltswerkvertrag kann ungeachtet der zentralen Haftungsnorm des § 280 Abs. 1 BGB und der übereinstimmenden Pflichten[15] von Bedeutung sein. So sieht das Werkvertragsrecht verschuldensunabhängige Nacherfüllungsansprüche vor, die auch auf die Vergütung Einfluss haben können; auch der Verjährungsbeginn (Abnahme) kann abweichen. 6

Ob ein Anwaltsvertrag als Dienst- oder als Werkvertrag einzuordnen ist, muss stets im Einzelfall ermittelt werden. 7

Die Tätigkeit eines Rechtsanwalts ist **im Regelfall**, insb. bei Beauftragung zur Prozessführung oder zur Besorgung von sonstigen Rechtsangelegenheiten, als **Dienstvertrag** zu qualifizieren.[16] In diesem Fall bildet der **umfassende anwaltliche Beistand**, d.h. die Wahrung und Durchsetzung der Rechte und Interessen des Auftraggebers, den Gegenstand des Vertrages.[17] Ein Werkvertrag liegt nicht vor, wenn nicht der zu erzielende Erfolg den Inhalt der Vertragsleistung bildet, sondern die Dienstleistung etwa in Form der Beratung oder des Beistands Hauptmerkmal bleibt.[18]

Selbst bei einem Vertrag, der unterschiedliche Leistungen umfasst, weil er die Wahrnehmung aller steuerlichen Interessen des Auftraggebers vorsieht (Buchführung, Jahresabschluss, Steuererklärun-

8 Vgl. *D. Fischer*, WM 2019, Sonderbeilage 1, S. 4 f.

9 BGH, 6.2.2014 – IX ZR 217/12, NJW 2014, 1800 = AnwBl. 2014, 654, Rn 9.

10 BGH, 10.5.2012 – IX ZR 125/10, BGHZ 193, 193 = NJW 2012, 2435 = AnwBl. 2012, 773, Rn 20; BGH, 16.9.2021 – IX ZR 165/19, NJW 2021, 3324 = AnwBl. 2021, 684.

11 BGHZ 18, 340, 345 f.; BGH, 15.7.2004 – IX ZR 256/03, NJW 2004, 2817, Rn 7.

12 *Borgmann/Jungk/Schwaiger*, § 8 Rn 2; *Vollkommer/Greger/Heinemann*, § 1 Rn 4; Staudinger/*Latzel*, BGB, § 611 Rn 557 ff. 164; Staudinger/*Martinek/Omlor*, BGB, § 675 Rn B 165; *D. Fischer*, WM 2019, Sonderbeilage 1, S. 6.

13 *Leibner*, NJW 2002, 3521; *Henssler*, NJW 2003, 241; OLG Karlsruhe, NJW 2001, 3197.

14 RG, JW 1914, 642 f.; RGZ 88, 223, 226 f.; BGH, NJW 1965, 106; BGH, NJW 1970, 1596, 1597; BGH, VersR 1972, 1052, 1053; BGH, NJW 1990, 510; BGH, NJW 1996, 661, 662 – Abgrenzung im Ergebnis offengelassen; BGH, NJW 1996, 2929, 2930 – Abgrenzung im Ergebnis ebenfalls offengelassen; OLG Düsseldorf, VersR 1993, 702, 703.

15 BGH, NJW 1996, 2929, 2930, 2931.

16 BGH, 7.3.2019 – IX ZR 221/18, NJW 2019, 1870, Rn 7; *Fahrendorf/Mennemeyer*, Kap. 1 Rn 11 f.

17 BGH, NJW 1965, 106; OLG Düsseldorf, VersR 1993, 702, 703; OLG Karlsruhe, NJW-RR 1994, 1084; *Borgmann/Jungk/Schwaiger*, § 10 Rn 24.

18 RGZ 88, 223, 227; *Borgmann/Jungk/Schwaiger*, § 11 Rn 35.

gen, Prüfung der Steuerbescheide), liegt regelmäßig ein Dienstvertrag vor, wenn auch eine **Beratung** vereinbart ist; die maßgebende Gesamtbetrachtung nach der vom Auftraggeber gewählten Zielrichtung führt dann zu der Beurteilung, dass ungeachtet der Ausrichtung auf ein bestimmtes Ergebnis nicht jede zu erbringende Einzelleistung als Erfolg i.S.d. Werkvertragsrechts geschuldet wird.[19] Eine werkvertragliche Verpflichtung mit Geschäftsbesorgungscharakter liegt demgegenüber vor, wenn die Leistung des Steuerberaters nicht auf eine dauernde Beratung der GmbH gerichtet war, sondern die eingeschränkte Aufgabe enthielt, einen Weg aufzuzeigen, auf dem der Gewinn der GmbH auf einen Dritten übertragen werden konnte, ohne damit die steuerlichen Folgen einer Gewinnausschüttung an den Gesellschafter auszulösen.[20]

8 Ein **Werkvertrag** mit Geschäftsbesorgungscharakter ist ausnahmsweise bei **Einzelaufträgen** anzunehmen, die auf eine einmalige, in sich abgeschlossene Leistung gerichtet sind, denn in derartigen Fällen wird der Rechtsberater das Risiko im Allgemeinen hinreichend abschätzen können, um für einen bestimmten Erfolg seiner Tätigkeit als Werkleistung i.S.v. § 631 BGB einzustehen.[21] Erfolg und Vergütung müssen im Verhältnis von Leistung und Gegenleistung stehen.[22] Das wird der Fall sein, wenn nach dem Vertrag (nur) eine **Rechtsauskunft** über eine Einzelfrage,[23] (nur) die **Erstattung eines Gutachtens**[24] oder (nur) eines **Vertragsentwurfs**[25] geschuldet ist. Dasselbe gilt auch, wenn sich ein Rechtsanwalt zur Abgabe einer „**legal opinion**“[26] verpflichtet oder bei der **Erstellung oder Prüfung eines Jahresabschlusses**.[27]

9 Nicht selten wird – zumindest nach dem Verständnis des Auftraggebers – der Rechtsberater den Erfolg seiner Tätigkeit (Prozess, Verhandlungen oder rechtliche Anerkennung einer bestimmten Gestaltung) „fest zugesagt“ oder „garantiert“ haben. Dann stellt sich die Frage nach einem **Garantievertrag**, aus dem sich verschuldensunabhängige Schadensersatzansprüche ergeben können. Gerade diese Rechtsfolge steht regelmäßig der Annahme entgegen, der Rechtsberater würde ein solch hohes Mandatsrisiko eingehen wollen. Auch eine berufsrechtlich zweifelhafte Zulässigkeit einer solchen Verpflichtung oder eine nicht vom angestrebten Erfolg abhängige Vergütung sprechen gegen ein selbstständiges Garantieversprechen.[28] Eine Garantiehaftung des Rechtsanwalts kommt deshalb nur in Betracht, wenn er ggü. seinem Mandanten klar und eindeutig zu erkennen gibt, dass er über die sorgfältige Erfüllung seiner dienstvertraglichen Pflichten hinaus verschuldensunabhängig dafür einstehen will, dass der Mandant infolge der Dienstleistung bestimmte Erfolge erzielt.[29] Durch Äußerungen, die sich als Selbstanpreisung darstellen um ein attraktives Mandat zu erhalten,

19 BGH, 11.5.2006 – IX ZR 63/05, NJW-RR 2006, 1490, Rn 4; OLG Düsseldorf, 30.10.2007 – 23 U 199/06, Rn 86 bis 89, GI aktuell 2008, 81 = AnwBl. 2008, 72 (LS) = JurionRS 2007, 53877.

20 BGH, 7.12.2017 – IX ZR 25/17, ZInsO 2018, 518, Rn 19.

21 BGH, 11.5.2006 – IX ZR 63/05, NJW-RR 2006, 1490, Rn 4.

22 RGZ 88, 223, 227; BGH, NJW 1965, 106; BGH, NJW 1970, 1596, 1597; BGH, NJW 1996, 2929; OLG Düsseldorf, VersR 1993, 702, 703.

23 BGH, NJW 1965, 106.

24 BGH, NJW 1965, 106; BGH, NJW 1967, 719 f. („i.d.R. Werkvertrag“); BGH, 10.3.2005 – IX ZR 25/01, Rn 6 (Steuerberater), JurionRS 2005, 12201.

25 RG, JW 1914, 642 (Erstellung eines nach chinesischem Recht brauchbaren Vertrags über die Ausbeutung einer Kohlegrube und Besorgung der dazu erforderlichen Verhandlungen mit dem deutschen Konsulat); vgl. auch OLG Köln, MDR 1980, 667.

26 Allgemein zur legal opinion: *Adolff*, Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit deutscher Anwälte bei der Abgabe von Third Party Legal Opinions; *v. Bemstorff*, RIW 1988, 680 ff.; *Döser*, in: FS Nirk, S. 151 ff.; *Jander/du Mesnil de Rochement*, RIW 1976, 332; *Gruson*, RiW 2002, 596.

27 BGH, NJW 2000, 1107.

28 *Vollkommer/Greger/Heinemann*, § 1 Rn 7 f.

29 OLG Düsseldorf, 30.10.2007 – 23 U 199/06, Rn 90 bis 94, GI aktuell 2008, 81 = AnwBl. 2008, 72 (LS) = JurionRS 2007, 53877.

tritt eine solche Einstandspflicht nicht ein.[30] Auch die nach § 49b Abs. 2 BRAO, § 4a RVG unter engen Voraussetzungen zulässige Vereinbarung eines Erfolgshonorars reicht für sich allein nicht aus, um von einer Garantie des Anwalts für den Erfolg der Prozessführung auszugehen.[31]

10 Ein **Dauerberatungs-** bzw. **Dauervertretungsmandat**[32] zwischen einem Rechtsanwalt und einem bestimmten Mandanten ist nach den aufgezeigten Grundsätzen einheitlich als Dienstvertrag anzusehen. Aus der Tatsache, dass sich die dem Verpflichteten obliegenden einzelnen Tätigkeiten erst konkretisieren müssen, ist für die rechtliche Einordnung des Vertragsverhältnisses nichts herzuleiten. Damit wird nicht schon jede zu erbringende Einzelleistung für sich als Erfolg i.S.d. Werkvertragsrechts geschuldet. Selbst wenn eine einzelne Dienstleistung, für sich gesehen, einen „Erfolg" hervorbringt, ist dies bei Dauerschuldverhältnissen nichts Ungewöhnliches.[33]

11 Der in dem Dauermandat zu sehende rechtliche Rahmen („**rechtliche Klammer**")[34] kann die Verantwortlichkeiten um **Hinweispflichten** über den Einzelauftrag hinaus **erweitern**[35] und dazu führen, dass trotz der Nichtigkeit eines Einzelauftrags eine vertragliche Haftung greift.[36] Grds. trifft den Anwalt im Dauermandat die Verpflichtung, die anfallenden Fragen von sich aus aufzugreifen und mit dem Mandanten zu erörtern.[37] Dabei ist aber darauf zu achten, dass die Hinweispflichten **nicht überspannt** werden. Ohne gesonderte vertragliche Vereinbarung ist der rechtliche Berater auch bei einem Dauermandat nicht gehalten, den Mandanten etwa vor einer Haftung aus der Nichterfüllung seiner **Compliance**-Pflichten[38] zu bewahren.[39] Das gilt schon im Hinblick auf eine mögliche strafrechtliche Garantenpflicht.[40]

Das Dauermandat ist typisch für die steuerberatenden Berufe. Handelt es sich um ein umfassendes Dauermandat, das alle Steuerarten umfasst, die für den Auftraggeber in Betracht kommen, ist der Berater verpflichtet, den Mandanten auch jenseits der konkret bearbeiteten Angelegenheit einschließlich der Möglichkeiten der zivilrechtlichen Steuergestaltung zu beraten.[41]

II. Vertragsschluss

12 Das Zustandekommen eines Anwaltsvertrages richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften der **§§ 145 ff. BGB**.[42] Es bedarf also eines hinreichend bestimmten **Angebots**, das die Gegenseite ohne Änderung innerhalb der Annahmefrist **annimmt**. Vertretung ist beim Vertragsschluss durch einen

30 OLG Frankfurt, 14.2.2007 – 19 U 175/06, NJW 2007, 1467.

31 Vgl. *Borgmann/Jungk/Schwaiger*, § 10 Rn 25.

32 Vgl. allgemein zum Dauermandat: *Jungk*, AnwBl. 2009, 221; zum steuerrechtlichen Dauermandat *Gehrlein*, Anwalts- und Steuerberaterhaftung, C. Rn 3 ff.

33 BGH, NJW 1970, 1596, 1597; vgl. auch OLG Hamm, NJW-RR 1995, 1530, 1531.

34 *Zugehör*, Beraterhaftung, Rn 12.

35 BGH, 20.11.1997 – IX ZR 62/97, NJW 1998, 1221.

36 BGH, 30.9.1999 – IX ZR 139/98, NJW 2000, 69.

37 Vgl. BGH, 23.2.2012 – IX ZR 92/08, NJW-RR 2012, 828, Rn 9.

38 Allg. zur Compliance etwa: *Kammerer-Galahn*, AnwBl. 2009, 77; *Spießhofer*, AnwBl. 2009, 94; *Remmertz*, KI: Das sind die Compliance-Pflichten beim Einsatz von künstlicher Intelligenz im Kanzleialltag, PStR 2025, 206.

39 Zur Frage der Angemessenheit der vereinbarten Vergütung für mehrere anwaltliche Tätigkeiten im Verhältnis zur Vergütung im Dauermandat vgl. BGH, 8.5.2025 – IX ZR 90/23, NJW 2025, 2698 = BRAK-Mitt. 2025, 391; BGH, 19.2.2026 – IX ZR 226/22.

40 BGH, 17.7.2009 – 5 StR 394/08, BGHSt 54, 44 = NJW 2009, 3171, Rn 24 ff.; *Michalke*, AnwBl. 2010, 666.

41 *Gehrlein,* Anwalts- und Steuerberaterhaftung, C. Rn 3.

42 Vgl. BGH, 14.2.2019 – IX ZR 203/18, ZInsO 2019, 1421.

anderen Rechtsanwalt möglich, nicht jedoch durch das Büropersonal, das etwaige Tätigkeitsverbote regelmäßig nicht zuverlässig beurteilen kann.[43]

Es bestehen **keine Formvorschriften** für den Anwaltsvertrag als solchen.[44] Nach der Rechtsprechung des BGH umfasst das Textformerfordernis nach § 3a Abs. 1 Satz 1 RVG nicht den Gegenstand und Umfang des dem Rechtsanwalt erteilten Auftrags. § 3a Abs. 1 RVG ändert deshalb auch nichts daran, dass der Abschluss eines Anwaltsvertrages formfrei[45] und durch schlüssiges Verhalten möglich ist. Die formbedürftige Vergütungsvereinbarung muss nicht den Anwaltsauftrag oder seine auftragswesentlichen Teile umfassen.[46] Eine genaue **schriftliche Niederlegung** ist gleichwohl **empfehlenswert**, nicht nur um den Inhalt des Mandats zu dokumentieren, sondern weil regelmäßig weitere Vereinbarungen getroffen werden (Haftungsbegrenzung § 52 BRAO, Vergütungsvereinbarung § 3a RVG) oder (vor)vertragliche Pflichten zu erfüllen sind, die bestimmten Formerfordernissen (Schriftform oder Textform) unterliegen oder zu Beweiszwecken dokumentiert werden sollten (z.B. Belehrungen über Widerrufsrechte oder Erfüllung von Informationspflichten bei Verbraucherverträgen, außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen, Fernabsatzverträgen, Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr, etwa nach § 49b Abs. 4 Satz 2 BRAO, § 52 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 Satz 2 BRAO; § 3a Abs. 1 Satz 1 RVG, § 312d BGB; Art. 246, 246a §§ 1 bis 4, 246c EGBGB, §§ 2 bis 4 DL-InfoV).[47]

Zur Textform des § 3a RVG heißt es in einem Urteil des BGH vom 19.2.2026,[48] die Vergütungsvereinbarung müsse in einer der Textform genügenden Weise auch den Anwendungsbereich der Honorarabrede erkennen lassen. Für die Auslegung der Vergütungsvereinbarung dürften auch außerhalb der Textform liegende Umstände herangezogen werden. Die Klausel *„Das vereinbarte Honorar könne über den Gebühren des RVG liegen (= Grundlage für evtl. Erstattungsansprüche gegen die Gegenpartei)“* sei kein ausreichender Hinweis darauf, dass der Gegner im Falle der Kostenerstattung regelmäßig nicht mehr als die gesetzliche Vergütung erstatten müsse. Eine in einer Vergütungsvereinbarung enthaltene Anerkenntnisklausel, nach deren Inhalt mit den Rechnungen dargestellte Bearbeitungszeiten für das Mandat vom Mandanten anerkannt seien, sollte der Mandant nicht innerhalb von einem Monat nach Erhalt der Rechnung auf Fehler hingewiesen haben, sei auch im Rechtsverkehr mit Unternehmern unwirksam.[49]

In bestimmten Situationen werden Angebot und Annahme zwangsläufig nur mündlich erklärt werden, etwa bei Anwalts- oder Steuerberater-Hotlines (vgl. Rdn 46).

Ein Anwaltsvertrag kann weiter durch **schlüssiges Verhalten** der Vertragsparteien zustande kommen.[50] Hiervon ist ein Tätigwerden des Rechtsanwalts aufgrund einer **Gefälligkeit**, d.h. ohne rechtsgeschäftlichen Bindungswillen, abzugrenzen.[51] Im Zusammenhang mit Informations- und Belehrungspflichten kann sich daraus das Problem ergeben, dass – ausgehend vom Grundsatz eines gesetzestreuen Verhaltens – dem Anwalt im Zweifel der Rechtsbindungswille fehlt, solange er die

43 *Borgmann/Jungk/Schwaiger*, § 12 Rn 61; *Vollkommer/Greger/Heinemann*, § 3 Rn 4; OLG Düsseldorf, 22.11.2007 – 24 U 102/07, MDR 2008, 414.

44 BGH, 21.3.1991 – IX ZR 186/90, NJW 1991, 2084, 2085.

45 BGH, 15.1.2015 – IX ZR 208/13, JurBüro 2015, 304, 305.

46 BGH, 19.2.2026 – IX ZR 226/22, NJW 2026, 1138 = BRAK-Mitt. 2026, 143.

47 Zu den Informationspflichten des Anwalts vgl. *Günther*, Neuregelungen der BORA zum anwaltlichen Werberecht und Außenauftritt, ZAP 2025, 1039.

48 BGH, 19.2.2026 – IX ZR 226/22, NJW 2026, 1138 = BRAK-Mitt. 2026, 143.

49 Vgl. BGH, 12.9.2024 – IX ZR 65/23, NJW 2024, 3364 = BGHZ 241, 174 Rn 37, 51.

50 BGH, 14.2.2019 – IX ZR 203/18, ZInsO 2019, 1421, Rn 9; BGH, 23.11.2017 – IX ZR 204/16, ZInsO 2018, 2589 = WM 2018, 395 Rn 15.

51 BGH, 18.12.2008 – IX ZR 12/05, NJW 2009, 1141, Rn 7; *Krämer*, in: FS Kreft, S. 79; *Vollkommer/Greger/Heinemann*, § 3 Rn 14.

gesetzlich vorgesehenen Belehrungen und Informationen noch nicht erteilt hat. Entsprechende Pflichtverstöße hindern nicht das Zustandekommen eines Anwaltsvertrags. Die gleichwohl möglichen Sanktionen, von Widerrufsrechten über Unterlassungsansprüche bis hin zu Bußgeldern und Schadensersatzansprüchen, legen es jedoch nahe, dass einem Rechtsanwalt der rechtsgeschäftliche Bindungswille fehlt, wenn er tätig wird, ohne diese gesetzlichen vorvertraglichen Pflichten zu erfüllen.

Der Rechtsanwalt hat regelmäßig ein Ermessen, ob er ein Mandat annehmen möchte. Ausnahmsweise ist er zur Annahme gesetzlich verpflichtet (vgl. Rdn 48). I.Ü. besteht **kein Kontrahierungszwang** für den Rechtsanwalt, da anderenfalls das Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt und Mandant gefährdet wäre.[52] Will der Anwalt den Auftrag nicht annehmen, muss er dies dem Mandanten unverzüglich mitteilen.[53]

13 Von dem Zustandekommen des Anwaltsvertrages ist die **Bevollmächtigung** des Rechtsanwalts zur Vornahme materiell- oder prozessrechtlicher Handlungen zu unterscheiden. Materiell-rechtlich betrachtet ist die erteilte Vollmacht nach dem Abstraktionsprinzip unabhängig vom Zustandekommen oder der Wirksamkeit eines Anwaltsvertrages. Von einer Unwirksamkeit kann deshalb nur ausgegangen werden, wenn eine einschlägige Verbotsnorm auch die Vollmacht erfassen will.[54] Auch prozessual gesehen ist die Wirksamkeit der (Prozess-)Vollmacht oder der von einem Rechtsanwalt namens der Partei vorgenommenen Prozesshandlungen unabhängig vom Bestehen des Anwaltsvertrages.[55] Das gilt sogar bei Zuwiderhandlung gegen umfassende und generelle Tätigkeitsverbote.[56]

14 Rechtsfolge eines zwischen den Parteien geschlossenen Anwaltsvertrages ist v.a. die **Verpflichtung des Rechtsanwalts**, i.R.d. erteilten Auftrags nach jeder Richtung umfassend für den Mandanten tätig zu werden.[57] Wenn der Rechtsanwalt die vertraglich geschuldete Dienst- oder Werkleistung nicht sorgfältig erfüllt, muss er dem Mandanten den dadurch entstandenen Schaden ersetzen. Umgekehrt wird mit dem Vertragsschluss gem. § 612 Abs. 1 bzw. § 632 Abs. 1 BGB der **Honoraranspruch** des Rechtsanwalts gegen den Mandanten begründet.

1. Stillschweigender Vertragsschluss

15 Um die Beteiligten vor ungewollten **Haftungs- oder Gebührenrisiken** zu schützen, kann ein **stillschweigend (konkludent) geschlossener Anwaltsvertrag** nicht ohne Weiteres angenommen werden.[58] Der Anwaltsvertrag setzt übereinstimmende, auf den Abschluss eines entsprechenden Vertrags gerichtete Willenserklärungen der Vertragsparteien voraus, die auch in schlüssigem Verhalten der Vertragsparteien enthalten sein können. Voraussetzung ist, dass das Verhalten des anderen Teils von dem Rechtsanwalt bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt nach Treu und Glauben als eine auf den Abschluss eines Anwaltsvertrags gerichtete Willenserklärung aufzufassen ist

52 Zu den gesetzlichen Pflichtmandaten vgl. §§ 78, 121 ZPO; §§ 78, 138 FamFG; § 6 BerHG; § 11a ArbGG; § 141 StPO.

53 *Vollkommer/Greger/Heinemann*, § 3 Rn 15.

54 BGH, 5.6.2006 – XI ZR 341/05, WM 2007, 440, Rn 14 m.w.N.

55 BGH, NJW 1971, 1801, 1802; BGH, NJW 1978, 1003, 1004; BGH, NJW 1993, 1926; BGH, 25.4.2007 – XII ZR 58/06, NJW 2007, 2124, Rn 11; OLG Hamm, NJW 1992, 1174, 1175 f.

56 BGH, 14.5.2009 – IX ZR 60/08, WM 2009, 1296, Rn 9.

57 BGH, 30.9.1993 – IX ZR 211/92, NJW 1993, 3323, 3324.

58 BGH, 22.7.2004 – IX ZR 132/03, NJW 2004, 3630, 3631; *Borgmann/Jungk/Schwaiger*, § 12 Rn 67; *Gehrlein,* Anwalts- und Steuerberaterhaftung, A. Rn 8 f.; *Vollkommer/Greger/Heinemann*, § 3 Rn 1.

und sein nachfolgendes Verhalten als Annahme des Auftrags gedeutet werden darf. Im Interesse der Rechtssicherheit sind an die Annahme eines Vertragsschlusses durch schlüssiges Verhalten erhöhte Anforderungen zu stellen.[59] So reicht für die Annahme des Angebots auf Abschluss eines Anwaltsvertrages allein die Übersendung des Vollmachtformulars nicht aus, wenn das Tätigwerden des Anwalts vom Vorliegen einer Deckungszusage der Rechtsschutzversicherung abhängig gemacht und diese Zusage letztlich nicht erteilt wurde.[60] Die Annahme eines Vertragsschlusses durch schlüssiges Verhalten ist nur gerechtfertigt, wenn das Verhalten eines Beteiligten von dem anderen bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte eindeutig und zweifelsfrei als eine auf den Abschluss eines Anwaltsvertrages gerichtete Willenserklärung aufzufassen ist.[61] Ob sich aus den Umständen im Einzelfall ein bestimmter **rechtsgeschäftlicher Verpflichtungswille** schlüssig ergibt (§ 157 BGB), kann nur einer umfassenden **Gesamtwürdigung aller Umstände** entnommen werden.[62] Zu diesen Umständen gehört auch die Erfüllung der bereits angesprochenen Belehrungs- und Informationspflichten (vgl. Rdn 12).

16 Bei konkludentem Verhalten eines Vertragsteils darf nicht lediglich das ihm zugeschriebene Erklärungsergebnis – hier die angebliche Auftragserteilung – behauptet werden, sondern das tatsächliche Verhalten selbst muss so deutlich sein, dass es auf den ihm zugeschriebenen rechtlichen Erklärungsgehalt hin aus der Sicht des Empfängers unter Berücksichtigung der §§ 133, 157 BGB gewürdigt werden kann.[63] Die **Gesamtumstände** müssen unter Berücksichtigung der Verkehrsauffassung und des Verkehrsbedürfnisses den Rückschluss zulassen, dass beide Teile nach dem objektiven Inhalt ihrer Erklärungen vertragliche Rechte und Pflichten begründet haben.[64] Dabei sind v.a. die **wirtschaftliche** sowie die **rechtliche Bedeutung** der Angelegenheit, insb. für den Begünstigten, und die Interessenlage der Parteien heranzuziehen, während dem Umstand, dass der Berater für sein Tätigwerden keine Vergütung verlangt, kein entscheidendes Gewicht zukommt.[65]

17 Entsprechend können telefonische Mitteilungen eines Steuerberaters einen Auskunftsvertrag begründen, wenn die erteilte Auskunft für den Empfänger von erkennbar erheblicher Bedeutung und zur **Grundlage wesentlicher Entschlüsse** bestimmt ist. Ist der Steuerberater weiter für die in Rede stehende steuerliche Auskunft als **besonders sachkundig** anzusehen und hatte er bereits seit mehreren Jahren regelmäßig die Einkommensteuererklärungen des Empfängers der Auskunft erstellt, kann ausgeschlossen werden, dass der Steuerberater seine Auskunft nur gefälligkeitshalber erteilt haben könnte.[66]

18 Ein Anwaltsvertrag kommt etwa durch stillschweigendes Verhalten des Rechtsanwalts zustande, wenn der Rechtsanwalt mit einem Dritten auf Veranlassung des Mandanten korrespondiert, in einem behördlichen oder gerichtlichen Verfahren für diesen tätig wird oder eine gewünschte Auskunft erteilt. Umgekehrt kann der Rechtsuchende eine konkludente Annahme auch durch die **Entgegennahme der vertraglichen Leistung des Rechtsanwalts** zum Ausdruck bringen. Dies kommt v.a. in denjenigen Fällen in Betracht, in denen die Annahmeerklärung des Rechtsanwalts gem. § 150 BGB als neues Angebot zu werten ist.

59 BGH, 21.3.1991 – IX ZR 186/90, NJW 1991, 2084, 2085; ebenso BGH, 6.10.2005 – IX ZR 111/03, JurionRS 2005, 22513; BGH, 14.2.2019 – IX ZR 203/18, ZInsO 2019, 1421; BGH, 10.1.2019 – IX ZR 89/18, NJW 2019, 1147, Rn 12 m.w.N.

60 BGH, 14.2.2019 – IX ZR 203/18, ZInsO 2019, 1421.

61 BGH, 22.7.2004 – IX ZR 132/03, NJW 2004, 3630, 3631.

62 BGH, 17.5.1990 – IX ZR 85/89, NJW 1991, 32; BGH, 23.9.2004 – IX ZR 137/03, NJW-RR 2005, 494.

63 BGH, 17.7.2003 – IX ZR 250/02, NJW 2003, 3564.

64 BGH, 17.9.1985 – VI ZR 73/84, NJW 1986, 180, 181; BGH, 10.1.2019 – IX ZR 89/18, NJW 2019, 1147, Rn 12 m.w.N.

65 BGH, 18.12.2008 – IX ZR 12/05, NJW 2009, 1141, Rn 7, 8, 10, 11.

66 BGH, 18.12.2008 – IX ZR 12/05, NJW 2009, 1141, Rn 12.

Ein konkludent geschlossener Anwaltsvertrag wurde etwa auch bejaht, weil der Rechtsanwalt einen Rechtsuchenden während eines Zwangsversteigerungsverfahrens **ständig unterrichtet** und briefliche **Anfragen pünktlich beantwortet** hatte und zwischen den Beteiligten wiederholt Gespräche über die Vorgehensweise des Rechtsuchenden stattfanden. Der Rechtsanwalt hatte ferner die **Generalvollmacht** seines Auftraggebers zu den Verfahrensakten gereicht und war im Verteilungstermin ausdrücklich auch für diesen aufgetreten. Damit hatte der Rechtsanwalt zum Ausdruck gebracht, dass er die Interessen seines Auftraggebers vertreten wollte.[67] 19

In einem anderen Fall hatte ein Mandant seinem bereits beauftragten Rechtsanwalt beiläufig eine neue Rechtssache angetragen und hierzu Unterlagen überlassen. Der konkludente Abschluss eines Anwaltsvertrages in der neuen Sache wurde bejaht, weil der Rechtsanwalt darin eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, ein Schreiben entworfen und dem Mandanten vorgeschlagen hatte, dieses Schreiben an die Gegenseite zu versenden. Hierin durfte und musste der Rechtsuchende die **Bekundung des Willens** des Rechtsanwalts sehen, entsprechend dem in der Übersendung der Schriftstücke liegenden Angebot einen weiteren **Anwaltsvertrag abzuschließen**.[68] 20

Zustande kommen kann ein Anwaltsvertrag auch durch die Rücksendung eines ausgefüllten Vollmachtsformulars per Telefax, welches ein Dritter dem Mandanten übersandt hat. In diesem Fall kann der Anwalt das im Übersenden der ausgefüllten Vollmacht liegende Angebot konkludent nach § 151 Satz 1 BGB durch Aufnahme der anwaltlichen Tätigkeit annehmen. Einem Zahlungsbegehren des Anwalts aus dem derart zustande gekommenen Anwaltsvertrag kann dann allerdings ein vom Beklagten erklärter Widerruf nach §§ 312b, 312d Abs. 1 Satz 1, § 355 BGB a.F. entgegenstehen.[69] Für die Rücksendung eines ausgefüllten Vollmachtformulars als Anlage zu einer E-Mail dürfte nicht anderes gelten. 21

Übernimmt es der anwaltliche Mediator, einvernehmliche rechtliche Lösungsvorschläge zu entwickeln, kann eine Rechtsdienstleistung vorliegen; die Haftung des Mediators bestimmt sich dann regelmäßig nach den Maßstäben der Anwaltshaftung.[70] 22

Speziell für den **Verkehrsanwaltsvertrag** ist zu beachten, dass die Voraussetzungen für einen konkludenten Vertragsschluss nur vorliegen, wenn die Partei die ständige schriftliche und mündliche Information des Berufungsanwalts durch den Prozessbevollmächtigten erster Instanz hinnimmt und auch eigene Erklärungen zur Sache während des Berufungsverfahrens im Wesentlichen über den Prozessbevollmächtigten erster Instanz leitet. Einem Rechtsanwalt, der im Wege der PKH im ersten Rechtszug beigeordnet wurde und die Vermittlung des Verkehrs mit dem Prozessbevollmächtigten beim Berufungsgericht übernimmt, steht eine Verkehrsgebühr nicht zu, wenn er Anlass zu der Annahme hat, die Partei gehe davon aus, dass sich die bisherige Beiordnung auch auf die Vermittlung des Verkehrs im Berufungsverfahren erstreckt, und wenn er die Partei gleichwohl nicht auf die Entgeltlichkeit seiner Tätigkeit hinweist. Zweifel, ob der andere Partner die möglichen Folgen seines Handelns übersieht, das an sich den Schluss auf ein Vertragsangebot zulässt, gehen zulasten dessen, der sich auf das Zustandekommen eines Vertrages beruft (hierzu auch im Zusammenhang mit dem Verkehrsanwaltsvertrag vgl. Rdn 260 ff.).[71] 23

Wird ein **Anwaltsnotar** (vgl. Rdn 140 ff.) zunächst in seiner Eigenschaft als Notar beauftragt oder angesprochen und übt er später Anwaltstätigkeit aus, kommt ein Anwaltsvertrag durch die Ent- 24

67 BGH, VersR 1981, 460, 461.

68 BGH, NJW 1988, 2880, 2881.

69 BGH, 23.11.2017 – IX ZR 204/16, NJW 2018, 690.

70 BGH, 21.9.2017 – IX ZR 34/17, NJW 2017, 3442; *Gehrlein,* Anwalts- und Steuerberaterhaftung, A. Rn 6 f. zum anwaltlichen Mediationsvertrag.

71 BGH, 21.3.1991 – IX ZR 186/90, NJW 1991, 2084, 2086; OLG Koblenz, NJW-RR 1993, 695, 696. Vgl. aber auch OLG Köln, VersR 1994, 1300 sowie *Borgmann/Jungk/Schwaiger*, § 12 Rn 64.

gegennahme der anwaltlichen Leistung nur dann stillschweigend zustande, wenn der Anwaltsnotar den Auftraggeber zuvor darüber aufgeklärt hat, dass er diese Tätigkeit als Rechtsanwalt ausüben wolle und dementsprechend ein Anwaltshonorar erwarte, jedenfalls soweit der Auftraggeber in der Meinung handelt, der Auftragnehmer werde weiterhin als Notar tätig.[72]

25 Wird ein (angestellter) Rechtsanwalt einem Rechtsuchenden im Wege der **PKH** nach § 121 ZPO **beigeordnet**, kommt ein **Anwaltsvertrag** gerade auch mit diesem Anwalt jedenfalls dadurch zustande, dass der Anwalt im Einverständnis mit der Partei tätig wird.[73]

26 Für den **konkludenten Abschluss eines Anwaltsvertrages** reicht es demgegenüber **nicht** aus, dass ein Dritter mit einem von der Gegenseite beauftragten Rechtsanwalt die **technische Abwicklung eines Zahlungsvorgangs** über ein Anderkonto dieses Rechtsanwalts vereinbart, solange keine konkrete Frage nach spezifischen Risiken gestellt und vom Rechtsanwalt beantwortet wird.[74] Geht es **hingegen** um die Frage, ob der Anwalt die Zweckbestimmung von Kautionsgeld beachten muss oder dieses von vornherein anderweitig verwenden und als freies Vermögen seines Mandanten behandeln darf, kann ein **allgemeiner**, nicht mit Rechtsberatung verbundener **Auftrag** mit dem Anwalt zustande kommen. Er kann konkludent geschlossen werden, wenn das Verhalten des einen Teils bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt nach Treu und Glauben gem. §§ 133, 157 BGB als eine auf den Abschluss eines entsprechenden Vertrages gerichtete Willenserklärung aufzufassen war und das Verhalten des anderen Teils als Annahme des Auftrags gedeutet werden durfte.[75]

27 Insgesamt vermittelt die Rechtsprechung den Eindruck, dass die Gerichte im Ergebnis bei der Annahme eines konkludent geschlossenen Anwaltsvertrages großzügiger sind, wenn es um die Haftung eines Rechtsanwalts geht. Strengere Anforderungen an einen Vertragsschluss werden v.a. dann gestellt, wenn der Rechtsanwalt von dem Rechtsuchenden ein Honorar für sein Tätigwerden fordert. Daher sollten die Beteiligten im wechselseitigen Interesse, sowohl aus haftungs- als auch aus gebührenrechtlichen Gründen, in jedem Fall von vornherein klar zum Ausdruck bringen, ob und inwieweit eine vertragliche Bindung gewollt ist und dies möglichst dokumentieren. Für den Anwalt ist insofern von Bedeutung, dass ihn im Vergütungsprozess die **Darlegungs- und Beweislast** trifft, sofern er sich auf eine konkludente Mandatserteilung beruft.[76]

2. Gefälligkeit

28 In engem Zusammenhang mit den Voraussetzungen für einen stillschweigenden Abschluss eines Anwaltsvertrages steht die Abgrenzung einer vertraglichen Vereinbarung von einer sog. **Gefälligkeit**, bei der ein **rechtsgeschäftlicher Bindungswille fehlt**.[77] Allgemein wird eine außerrechtliche Gefälligkeit eines Rechtsberaters in rechtlich relevanten Angelegenheiten die Ausnahme sein.[78]

Eine **Gefälligkeit** setzt begriffsnotwendig die **Unentgeltlichkeit der Leistung** voraus. Aus der Unentgeltlichkeit der Leistung allein lässt sich jedoch nicht auf das Fehlen ihres rechtsgeschäftlichen Charakters schließen. Dies zeigt die Regelung für Verträge, die eine Gefälligkeit zum Gegenstand

72 OLG Hamm, DNotZ 1968, 625 f.; OLG Hamm, DNotZ 1985, 182, 184 f.

73 BGH, 23.9.2004 – IX ZR 137/03, NJW-RR 2005, 494, 497.

74 BGH, 22.7.2004 – IX ZR 132/03, NJW 2004, 3630, 3631; BGH, 27.3.2008 – IX 33/05, Rn 4, JurionRS 2008, 12464.

75 BGH, 8.1.2009 – IX ZR 229/07, NJW 2009, 840, Rn 13 bis 15.

76 BGH, 17.7.2003 – IX ZR 250/02, NJW 2003, 3564, 3565.

77 Zur Abgrenzung von Gefälligkeitsverhältnis und vertraglicher Verpflichtung: Staudinger/*Olzen*, BGB, § 241 Rn 71 ff.; *Krämer*, in: FS Kreft, S. 79 ff. Speziell für den Anwaltsvertrag: *Borgmann/Jungk/Schwaiger*, § 9 Rn 22; *Gehrlein,* Anwalts- und Steuerberaterhaftung, A. Rn 10 ff.; *Mennemeyer*, in: Fahrendorf/Mennemeyer, Kap. 1 Rn 41 ff.; *Muthers*, in: Henssler/Gehrlein/Holzinger, Kap. 1 Rn 6 bis 8; *Vollkommer/Greger/Heinemann*, § 3 Rn 1.

78 *Zugehör*, WM 2010, Sonderbeilage 1, S. 3.

haben (§§ 516, 598, 662 oder 690 BGB). Auch bei einer „pro bono Rechtsberatung" ist trotz deren Unentgeltlichkeit offensichtlich, dass ein Anwaltsvertrag zustande kommt, der den allgemeinen Haftungsgrundsätzen unterliegt.[79] Andererseits ist auch § 675 Abs. 2 BGB zu beachten. Danach begründet die auf einer reinen Gefälligkeit beruhende Erteilung eines Rates oder einer Empfehlung vorbehaltlich einer Verantwortlichkeit aus einem Vertragsverhältnis oder aus einer unerlaubten Handlung keine Schadensersatzverpflichtung. Auch der Erfahrungssatz, dass **Rechtsanwälte** ihre **Leistungen** regelmäßig **nur gegen eine Vergütung** erbringen (vgl. § 612 Abs. 1 BGB) kann als Indiz dafür gesehen werden, dass es sich bei unentgeltlichen Tätigkeiten grds. um solche ohne Rechtsbindungswillen handelt. Auch der Empfänger wird im Allgemeinen davon ausgehen müssen, dass dem Rechtsberater für diese unentgeltlichen Leistungen keine Haftung abverlangt werden kann. **Gefälligkeiten des täglichen Lebens** halten sich regelmäßig außerhalb des rechtsgeschäftlichen Bereichs. Das Gleiche gilt für Gefälligkeiten, die im **rein gesellschaftlichen Verkehr** wurzeln. Die Umstände der Gefälligkeit, also deren Art, Zweck sowie wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung für den Empfänger und die sich daraus ergebende Interessenlage der Parteien können die Gefälligkeit über den Bereich rein tatsächlicher Vorgänge hinausheben.

Der Wert einer anvertrauten Sache, die wirtschaftliche Bedeutung einer Angelegenheit, das erkennbare Interesse des Begünstigten und die nicht ihm, wohl aber dem Leistenden erkennbare Gefahr, in die er durch eine fehlerhafte Leistung geraten kann, können auf einen rechtlichen Bindungswillen schließen lassen. Eine Auskunft, die im Rahmen einer **Geschäftsverbindung** erteilt wird, muss auf rechtlich verpflichtender Gewissenhaftigkeit beruhen. Für einen Rechtsbindungswillen spricht es i.d.R., wenn der Leistende selbst ein rechtliches oder wirtschaftliches Interesse an der dem Begünstigten gewährten Hilfe hat.[80]

29 Kein Rechtsbindungswille ist anzunehmen bei einer Raterteilung in „gemütlicher" Runde, beim Kartenspiel oder beim unverbindlichen Gespräch unter Freunden.[81] Demgegenüber ist auszuschließen, dass der Rechtsanwalt eine telefonische Auskunft nur gefälligkeitshalber erteilt haben könnte, wenn diese für einen bevorstehenden Grundstücksverkauf von erkennbar erheblicher Bedeutung und zur Grundlage wesentlicher Entschlüsse bestimmt war, der Erteilende für die in Rede stehende steuerliche Auskunft als besonders sachkundig anzusehen war und eine bereits anderweitig bestehende mehrjährige Vertragsbeziehung zwischen Auskunftsgeber und Auskunftsempfänger vorlag.[82]

Ein Vertragsverhältnis ist ebenfalls zustande gekommen, wenn sich der Rechtsanwalt auf telefonische Anfrage des sich im Ausland aufhaltenden Rechtsuchenden bereit erklärt, zu ermitteln, um welchen Vorgang es sich bei einem durch Niederlegung zur Post zugestelltes Schriftstück handelt. Dabei hatte ein vom Rechtsuchenden mitgeteiltes B-Aktenzeichen auf ein Mahnverfahren hingedeutet. Der Rechtsanwalt musste deshalb damit rechnen, dass die niedergelegten Sendungen nicht unwesentliche rechtliche und wirtschaftliche Interessen des Rechtsuchenden berührten. Dann aber war für die Annahme einer nicht rechtsgeschäftlichen Gefälligkeitsabrede kein Raum.[83]

30 Die Übernahme vertraglicher Pflichten wurde auch daraus abgeleitet, dass der Rechtsanwalt den Rechtsuchenden seit mehr als zehn Jahren anwaltlich in anderen Sachen beraten hatte und nunmehr in einer neuen Sache, bei der für den Rechtsuchenden erhebliche wirtschaftliche Interessen

79 Vgl. *Bälz/Moelle/Zeidler*, NJW 2008, 3383, 3387.

80 BGH, NJW 1956, 1313 f. Vgl. auch BGH, NJW 1992, 498. Kriterien zur Abgrenzung, ob eine Gefälligkeit oder ein rechtsverbindlicher Vertrag vorliegt: *Borgmann/Jungk/Schwaiger*, § 9 Rn 23, auch RG, JW 1928, 1134 m. Anm. *Friedlaender*.

81 Vgl. *Mennemeyer*, in: Fahrendorf/Mennemeyer, Kap. 1 Rn 43.

82 BGH, 18.12.2008 – IX ZR 12/05, NJW 2009, 1141, Rn 12.

83 BGH, 16.11.1989 – IX ZR 190/88, NJW-RR 1990, 204, 205.

auf dem Spiel standen, für diesen die Korrespondenz übernommen und ihn in Verhandlungen vertreten hatte. Keine Bedeutung hatte dabei der Umstand, dass der Rechtsanwalt unentgeltlich tätig geworden war.[84]

31 Das Tätigwerden eines Rechtsanwalts als **Verkehrsanwalt in der Berufungsinstanz** wurde nicht mehr als bloße Gefälligkeit gewertet, als dieser – nach vorangegangener Vertretung des Rechtsuchenden bei außergerichtlichen Verhandlungen und nach Entwurf der Schriftsätze sowie Betätigung als Verkehrsanwalt in der ersten Instanz – in der Berufungsinstanz weiterhin den gesamten Schriftverkehr der Prozessbevollmächtigten mit dem Rechtsuchenden vermittelt hatte. Erneut wurde der Umstand für unerheblich erachtet, dass der Rechtsanwalt für seine Tätigkeit keine Gebühren berechnet hat.[85]

32 Für eine bloße Gefälligkeit spricht es hingegen, wenn der Rechtsanwalt nur eine geringe Arbeitsleistung für jemanden erbracht hat, mit dem er freundschaftlich verbunden ist.[86] Kein Anwaltsvertrag wird schließlich geschlossen, wenn der Rechtsanwalt dem Gegner seines Auftraggebers eine Auskunft erteilt und jenen über das bestehende Mandatsverhältnis aufklärt.[87]

3. Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen

33 Bestandteil des Rechtsberatervertrages können auch **AGB** (Mandatsbedingungen) sein.[88] Für **vertragliche Haftungsbeschränkungen** ist die Verwendung vorformulierter Vertragsbedingungen durch den Rechtsberater ausdrücklich vorgesehen (§ 52 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 2 BRAO, § 67a Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 StBerG). Auch i.Ü. bestehen keine Bedenken gegen die Einbeziehung vorformulierter Vertragsklauseln, und zwar weder durch den Rechtsanwalt[89] noch durch den Auftraggeber.

34 **AGB** sind gem. § 305 Abs. 1 BGB alle für eine Vielzahl von Verträgen[90] vorformulierte Vertragsbedingungen, die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei bei Abschluss eines Vertrages stellt. Wann eine Vertragsbedingung „für eine Vielzahl" von Verträgen i.S.d. § 305 Abs. 1 Satz 1 vorformuliert ist, muss im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände geprüft werden.[91] **Sonderregeln** gelten nach § 310 Abs. 3 BGB für **Verträge zwischen Rechtsanwälten**, die insoweit als Unternehmer gelten (§ 14 BGB) **und Verbrauchern** gem. § 13 BGB, d.h. natürlichen Personen, die den Vertrag zu einem Zweck abschließen, der weder einer gewerblichen noch einer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann. Auch nicht schriftlich niedergelegte Vertragsbedingungen können für eine Vielzahl von Verträgen vorformuliert i.S.d. § 305 Abs. 1 BGB sein, wenn sie zu diesem Zweck „im Kopf" des AGB-Verwenders oder seiner Abschlussgehilfen „gespeichert" sind.[92]

84 BGH, 21.12.1989 – X ZR 234/88, NJW-RR 1990, 1532.

85 OLG Köln, VersR 1994, 1300, 1301; vgl. auch BGH, 21.3.1991 – IX ZR 186/90, NJW 1991, 2084, 2086; OLG Koblenz, NJW-RR 1993, 695, 696.

86 OLG Celle, JurBüro 1973, 135.

87 *Friedlaender*, JW 1928, 1134, 1135. Vgl. auch BGH, 17.5.1990 – IX ZR 85/89, NJW 1991, 32, 33.

88 Zur Verwendung vorformulierter Vertragsbedingungen im Anwaltsvertrag: *Muthers*, in: Henssler/Gehrlein/Holzinger, Kap. 1 Rn 50 ff.; *Vollkommer/Greger/Heinemann*, § 1 Rn 12; *Mennemeyer*, in: Fahrendorf/Mennemeyer, Kap. 1 Rn 51 ff.

89 Z.B.: BGH, NJW-RR 1986, 1281, 1283 (unwirksames Aufrechnungsverbot in vorformuliertem Anwaltsvertrag); OLG Karlsruhe, JurBüro 1983, 1701 (Abtretung aller Ansprüche des Mandanten gegen den Gegner).

90 BGH, 11.12.2003 – VII ZR 31/03, NJW 2004, 1454.

91 BGH, 24.11.2005 – VII ZR 87/04, WM 2006, 247, Rn 18 ff.

92 BGH, 10.3.1999 – VIII ZR 204/98, NJW 1999, 2180, 2181.